Bpe

Ehrenvorsitzende: *Dorothea Buck* †

www.bpe-online.de

RUNDBRIEF

Nr.4 / Dezember 2019

Der BPE trauert um Dorothea Buck

*** 5. April 1917 † 9 . Oktober 2019**

Dokumentation BPE Jahrestagung

- AG-Berichte
- Nachlese MV-Heidelberg

20 Jahre BPE-Website: Interview mit dem Webmaster

Zum Mitmachen

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

Geschäftsstelle: Herner Straße 406, 44807 Bochum
Ehrenvorsitzende: Dorothea Buck †

im Internet unter: www.bpe-online.de

Geschäftsführender Vorstand:
vorstand@bpe-online.de
Jurand Daszkowski
Carl- Petersen Str. 24a, 20535 Hamburg
Kristina Dernbach, Freiburg
Ruth Fricke
Mozartstr. 20b, 32049 Herford
Karla Keiner
Obertorstraße 16, 35 578 Wetzlar

Erweiterter Vorstand:
N.N. (BW)
Rudolf Starzengruber
c/o BayPE e. V. Geschäftsstelle
Glückstr. 2, 86153 Augsburg (BAY)
Felix Henneberg (B)
Christine Pürschel
Hanns-Eisler-Str. 54 10409 Berlin (NW B.-B.)
Email: tine.puerschel@berlin.de
Detlef Tintelott
Tel.: 0421 40 98 93 47,
Email: detlef.tintelott.bremen@gmail.com (HB)
Anke Korsch
Oertzweg 9, 22307 Hamburg (HH)
Email: ankekorsch@yahoo.de
N.N. (HE)
Norbert Arndt
Noldestraße 6, 49134 Wallenhorst (NS)
E-Mail: norbert_arndt@web.de
Matthias Seibt
Handy: 0175 12 12 304 (NRW)
Email:
Matthias.Seibt@psychiatrie-erfahrene-nrw.de
Liane Schuler-Lauer.
Email: sh_seelenworte-rlp@email.de (RP)
Gangolf Peitz
Email: sh_seelenlaute-saar@email.de (S)
Karla Kundisch
Email: selbsthilfedrei@yahoo.de /SAX)
N.N. (SAN)
Michael Thielmann
Email: mi.thielmann@t-online.de (SH)
Rainer Stötter
Wettinerstraße 32, 04600 Altenburg (TH)
Email: stoetter@gmx.net

Inhaltsverzeichnis — Seite:

Impressum	2
Der BPE trauert um Dorothea Buck	4
Nachrufe: Lothar Bücher | Fritz Schuster | Sibylle Prins	6
GEDENKTAG DER PSYCHIATRIE-TOTEN	7
Besuch aus Berlin | Bericht zur NasPro Tagung	8
BOP&P e.V. startet Anlaufstelle	9
Rezension | Schadensersatz für Gustl Mollath	10
20 Jahre BPE-Website: Interview mit dem Webmaster	11
Das Erbe von Dorothea Buck weitertragen	13
AG-Berichte	15
Rezension	21
Nachlese MV-Heidelberg	22
Rücktritt von Reiner Ott und Vicky Pullen	31
Meine Meinung und meine Wünsche	32
T4 Veranstaltung am 30.08.2019 in Berlin an der Philharmonie	33
Zum Mitmachen	34

Bankverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft, Köln, BLZ: 370 205 00
BIC: BFSWDE33XXX
Konto: 70798-00
IBAN: DE74370205000007079800

Impressum:

Herausgeber: Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener (BPE) e. V.

Redaktion: Reinhard Wojke, Holsteinische Str. 39, 10717 Berlin (V.i.S.d.P. + Layout)

Fotos: im redaktionellen Teil, wenn keine andere Zuschreibung angegeben ist: Reinhard Wojke.

Anschrift für Post: BPE-Rundbrief-Redaktion, c/o BPE-Geschäftsstelle, Herner Straße 406, 44807 Bochum
Tel.: 0234 68 70 55 52; (Mo.+Do. 10 – 13 Uhr)

Verantwortlichkeit Inhalt: Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, sondern stehen in persönlicher Verantwortung der einzelnen AutorInnen.

E-Mail: bpe-rundbrief@web.de **Redaktionsschluss:** 5. Februar 2020

Der Rundbrief ist online zu lesen unter: www.bpe-online.de/verband/rundbrief.htm

BPE-Newsletter abonnieren!

Monatlich kostenlos per E-mail

Wird 12 x im Jahr zu Monatsbeginn an alle Interessierten, Gruppen, Institutionen und Einrichtungen versendet. Aktuelle Nachrichten / Meinung / Termine / Literaturtipps / Kreatives..!

Anmeldung: Mail an bpe_newsl_master@online.ms

Den Newsletter betreut Gangolf Peitz vom Büro für Kultur- und Sozialarbeit Saar für den BPE e.V.

Aufruf der Geschäftsstelle

Liebe Mitglieder,

wie Ihr wisst, werden in der Geschäftsstelle Daten von empfehlenswerten Anwälten und Psychiatern und Psychologen gesammelt. Viele von Euch fragen besonders nach guten Rechtsanwälten in Ihrer Nähe. Damit die Listen aktuell bleiben, und die Berater und ich Euch im Fall der Fälle weiterhelfen können, bin ich auf Eure Unterstützung angewiesen. Daher meine Bitte:

Wenn Ihr gute Erfahrungen mit Rechtsanwälten gemacht habt, oder Psychiater bzw. Psychologen kennt, die unseren Ansichten nahe stehen, dann teilt mir bitte deren Daten mit.

Herzlichen Dank Anne Murnau

Herner Straße 406, 44807 Bochum

Sprechzeiten: Do 10 – 13 Uhr

Tel: 0234 917 907-31 Kontakt-info@bpe-online.de

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V

ERSTKONTAKT & BERATUNG für Mitglieder

Anschrift: Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.
Herner Straße 406
44807 Bochum

E-Mail: kontakt-info@bpe-online.de

Tel.: 0234 68 70 55 52

Erstkontakt und Beratung für Psychiatrie-Erfahrene, Auskünfte zu Betreuungsrecht, Patientenrechten, Unterbringungsrecht und Vorausverfügungen, Informationen und Beratung zum Umgang mit Krisen und Krisenbegleitung

Montags 10 – 13 Uhr und Donnerstags 10 – 13 Uhr

Geschäftsstelle des BPE e.V.

Mitgliederverwaltung und Infomaterial,
Pressekontakt

Anne Murnau

Herner Straße 406, 44807 Bochum

Sprechzeiten: Do 10 – 13 Uhr

Tel: 0234 917 907-31

Kontakt-info@bpe-online.de

Bei Umzug bitte melden

Liebe Mitglieder, wenn Ihr privat umzieht oder Eure Selbsthilfegruppe einen anderen Tagungsort oder Tagungstermin wählt, so teilt dies bitte der Geschäftsstelle des BPE e.V., Herner Straße 406, 44807 Bochum mit.

Nur so können wir gewährleisten, dass ihr regelmäßig Informationen des BPE bekommt und dass wir Hilfesuchende an die örtlichen Selbsthilfegruppen weiter vermitteln können.

Telefon: 0234 917 907-31

Email: kontakt-info@bpe-online.de

BPE Rundbrief per Mail bekommen

Liebe Mitglieder,

wenn ihr uns und euch etwas Papier sparen wollt, könnt ihr den Rundbrief auch statt per Post, als PDF-Datei per Mail bekommen.

Bei Interesse einfach in der Geschäftsstelle (0234 917 907-31, kontakt-info@bpe-online.de Bescheid geben.

Bpω
Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.
Federal Organisation of (ex-) Users and Survivors of Psychiatry in Germany
Member of ENUSP (European Network of (ex-) Users and Survivors of Psychiatry)
Member of WNUSP (World Network of Users and Survivors of Psychiatry)

Geschäftsstelle
Herner Str. 406, 44 807 Bochum
Tel: 0234 / 917 907-31
Kontakt-info@bpe-online.de
www.bpe-online.de
Über Dorothea Buck:
www.dorothea-buck.de
Rückfragen Nachruf: 0176 72998358

Abs.: BPE e.V. • Herner Str. 406 • 44807 Bochum

Deutschlands bekannteste Psychiatrie-Erfahrene am 9. Oktober 2019 im Alter von 102 Jahren verstorben
Der Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener trauert um Dorothea Buck

Dorothea Buck war erfolgreiche Bildhauerin, Organistin und Lehrerin, bevor sie 73-jährig als Autorin und Aktivistin berühmt wurde. 1990 erschien ihr Buch „Auf der Spur des Morgensterns. Psychose als Selbstfindung". Der Untertitel war programmatisch: Wahn macht Sinn – wenn man ihn als Ausdruck seelischer Konflikte und Verletzungen versteht.

Dorothea errang dieses Verstehen der Psychiatrie zum Trotz. 19-jährig als „schwerer Fall von Schizophrenie" diagnostiziert, erlebte sie die deutsche Psychiatrie in fünf stationären Aufenthalten: 1936,1938,1943,1946,1959. Beim ersten wurde sie in der evangelischen Anstalt von Bethel zwangssterilisiert. 1943 in Frankfurt/Main hörte sie Gerüchte über mysteriöse Verlegungen von Patientinnen. Dass es sich dabei um Morde im Zuge der „wilden Euthanasie" handelte, erfuhr sie erst viel später. 1959 erlebte sie die Einführung antipsychotischer Medikamente und bezweifelte, dass die resultierende „erzwungene Stille" ein Fortschritt sei.

Für sie bestand kein Zweifel: Das Dogma der somatischen Verursachung seelischen Leids verbaut den Weg zur Genesung. Seinetwegen sprachen die ÄrztInnen nicht mit den PatientInnen über deren Erleben. Und nur so, nicht des Gesprächs würdig, konnten Menschen als lebensunwert betrachtet und ermordet werden.

Seit den 1960er Jahren recherchierte Dorothea zu den „Euthanasie"-Verbrechen. Jedoch: Die Deutungshoheit behielten die Täter, nicht zuletzt, weil die Stigmatisierung „Schizophrener" fortwirkte. Versuche der Aufarbeitung durch Betroffene fanden kein Interesse und gingen bis heute nicht ins kollektive Gedächtnis ein. 1969 schrieb Dorothea Buck ein Theaterstück „Die Tragödie der Euthanasie". Im Jahr 2000 wurde es gedruckt.

Psychiatrie-Erfahrene brauchen Verbündete, um gehört zu werden – diese Überlegung prägte ihr politisches Handeln. Sie war bereit, auch bescheidene Erfolge umzusetzen. 1988 schlug sie der damaligen Gesundheitsministerin Süssmuth die Einrichtung eines Politik-beratenden Gremiums aus Psychiatrie-Erfahrenen, Angehörigen und Psychiatern vor. Stattdessen entstanden bundesweit auf lokaler Ebene agierende Psychose-Seminare, die die genannten drei Gruppen im „Trialog" zusammenführen.

Seit 1970 engagierte sich Dorothea in der Selbsthilfe. Sie beobachtete, dass diese lebendiger ist, wenn sie von den Betroffenen selbst geführt wird. 1992 war sie Mit-Gründerin des Bundesverbandes Psychiatrie-Erfahrener, fortan Vorstandsmitglied und später Ehrenvorsitzende. Neben der politischen Arbeit war Dorothea immer auch persönlich ansprechbar - in Hunderten von Briefen, zahlreichen Telefonate noch als über 100-Jährige: Sie war eine Mut-Macherin, vielen ein Vorbild, für manche die Wendung des Lebenswegs.

Mit wachsendem öffentlichem Interesse an der Aufarbeitung der „Euthanasie"-Verbrechen wurde auch Dorothea Buck als engagierte Überlebende gewürdigt. 2008 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz. Dorotheas Hoffnung, dass seelischem Leid grundsätzlich sinnvoll-verstehend und nicht primär mit somatischen Interventionen begegnet wird, gilt es in die Zukunft zu tragen.

Zitate:

Aus Texten von Dorothea Buck:

„Wir können nur hoffen, dass unsere heutigen Psychiater und Politiker mit der gleichen Bereitschaft, mit der ihre Vorgänger durch Sterilisationsanträge oder gar „Euthanasie" zerstörend in unsere Geschicke und in das Leben der „Euthanasie"-Oper eingriffen, nun auch *die* Hilfen geben, die zum Selbstverständnis und zu einem menschenwürdigen Leben notwendig sind." (Aus: „Antrag für mehr Mitbestimmung Betroffener in der Psychiatrie", Brief an die Gesundheitsministerin, 8.6.1988, abgedruckt in Buck, Ermutigungen, Neumünster 2012, S. 78)

„Auf so ungenaues Denken stützte sich also die Theorie von den rein somatischen Ursachen der Psychose – ein Denkfehler mit schlimmen Folgen. Viele haben ihn mit dem Leben bezahlt, viele mit lebenslanger Isolierung und ich wie zahllose andere mit der Zwangssterilisation. Welche andere Wissenschaft darf sich solche Leichtfertigkeit erlauben? Wenn eine Brücke einstürzt, werden der entwerfende Ingenieur und die ausführende Baufirma haftbar gemacht. Die Psychiatrie aber durfte ungestraft an einem dogmatisierten Irrtum festhalten, dessen praktische Anwendung viele Leben zerstörte." (Aus: Auf der Spur des Morgensterns. Psychose als Selbstfindung, München u.a.1900, S. 155)

Stimme einer Psychiatrie-Erfahrenen anlässlich von Dorothea Bucks 100. Geburtstag:

„Ihre Suche nach dem Sinn Ihrer Psychose-Inhalte und Ihr Heilungsprozess waren für mich im Jahre 1991 bahnbrechend. Meine Sichtweise auf meine „Erkrankung" und die Behandlung in der Psychiatrie haben sich, während ich Ihr Buch […] las, auf sehr heilsame Weise verändert. Mein Recoveryprozess konnte beginnen. All das was ich las, hat mich aus meiner Hoffnungslosigkeit und Resignation geführt […] Durch Ihre Texte ist mir bewusst geworden, dass Psychopharmaka und auch psychiatrische Behandlung, insbesondere in vollstationären Kliniken, den tiefen, notwendigen Transformations- und Heilungsprozess verhindern. […] Liebe Frau Buck, „Auf der Spur des Morgensterns" und die damals beginnenden Psychoseseminare waren Recoverymeilensteine für mich." (Aus J. Knabe-Hosse, in Psychose als Selbst-Findung. Bald 100 Stimmen zu Dorothea Bucks 100. Geburtstag, Bochum 2019, S. 83)

Foto: Reinhard Wojke

Nachruf Lothar Bücher

Unser Weggefährte, Freund, Bekannter verstarb am 18. Juni im Alter von 75 Jahren in seiner Solinger Wohnung.

Lothar Bücher hatte maßgeblichen Anteil am Entstehen des Selbsthilfevereins Phönix – Verein zur Wahrung der Bürgerrechte im Jahr 1994. Lange Zeit war er dort der Motor, bis ihn vor 8 Jahren das Alter zwang, diese Aufgabe in jüngere Hände zu legen.

Lothar war in der Zeit vor der Gründung des Bundesverbands Psychiatrie-Erfahrener im Jahr 1992 in den Vorbereitungsgruppen aktiv. Beim Landesverband Psychiatrie-Erfahrener NRW saß er vier Jahre im Vorstand. Als die langjährige Redakteurin des BPE-Rundbriefs Gaby Schramke aufhörte, sprang Lothar für drei Ausgaben ein. Auch diese Aufgabe führte er mit großer Ernsthaftigkeit fast bis zur Selbstaufgabe durch.

Lothar liebte im persönlichen Umgang die leisen Töne. Wer ihn nicht kannte, war erstaunt, wie deutlich er in seinen Texten wurde. „Kann man denn Armut psychiatrisch behandeln?“ fragte er rhetorisch in seinem grundlegenden Text „Freiheit heilt“.

In seinen letzten Lebensjahren hatte er große Freude an der Malerei.

Lothar hinterlässt eine Frau, eine Tochter und einen Enkel.

Für den Verein Phönix, Solingen und
die Vorstände des Landesverbands Psychiatrie-Erfahrener NRW
und des Bundesverbands Psychiatrie-Erfahrener
Matthias Seibt

Im Gedenken für Sibylle Prins von Arnhild Köpke

Nachruf Fritz Schuster

**Unser Weggefährte, Freund, Bekannter verstarb
am 14. August im Alter von 78 Jahren im Krankenhaus.**

Fritz kam im Sommer 94 nach einem Fernsehbericht ins Plenum der Weglaufhaus Initiative Ruhrgebiet. Er hatte einen Knast- und einen Forensikaufenthalt hinter sich. Voller Empörung berichtete er, wie er dort hinkam.
Er gründete mit uns im Herbst 94 die Landesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener NRW und wurde dort einer der Sprecher. Als wir uns zum Verein aufschwangen ging er in den Vorstand und blieb dort bis zu seinem Tod.

Fritz Herzensanliegen waren die in der Forensik Eingesperrten. „Jeder Vogel liebt seine Freiheit“ sagte er, wenn einer von uns Bedenken äußerte. Für die, die keiner wollte und die niemand hatten, war er Tag und Nacht da. Oft erzählte er uns, dass er deswegen sogar seine Kinder, die er sehr liebte, vernachlässigte.

Er war ein Einzelkämpfer, der es nicht schaffte weitere Menschen für diese wichtige Arbeit zu gewinnen.

Wenn wir uns stritten, gelang es ihm uns mit seiner ruhigen Art wieder auf einen gemeinsamen Weg zu führen. Dass der Vorstand des LPE NRW 25 größtenteils einträchtige Jahre erlebte, ist sein Verdienst.

Bis vor 2 Jahren arbeitete er für den LPE NRW als psychiatrie-erfahrener Teilnehmer der Besuchskommission. Fritz hatte einen Kiosk und war an vielen Dingen interessiert.

Fritz hinterlässt eine Frau und zwei Kinder.

Für die Anlaufstelle Westfalen in Bochum und
den Vorstand des Landesverbands Psychiatrie-Erfahrener NRW
Matthias Seibt

GEDENKTAG DER PSYCHIATRIE-TOTEN

In diesem Jahr gab es zum Gedenktag Aktionen im öffentlichen Raum in Bochum, Bremen, Gießen und Freiburg. Ein großes Danke an alle Organisator*innen, Mitstreiter*innen und an alle Menschen, die sich die Zeit genommen haben, stehen zu bleiben und zuzuhören. Im Folgenden der Text aus dem Flyer, den wir bei unserer Aktion in Freiburg verteilten:

Der 2. Oktober wurde vom Bundesverband-Psychiatrie-Erfahrener e.V. zum **Gedenktag der Psychiatrie-Toten** erklärt. Seit dem Jahr 2000 gedenken wir der Menschen, die in, um und durch Psychiatrie, Forensik und Heime zu Tode kommen. Viele der Verstorbenen waren in unserem Verband persönlich bekannt. Die meisten Todesfälle bleiben jedoch unaufgeklärt und ohne Gedenken.

WODURCH STERBEN PSYCHIATRIE-BETROFFENE?

Zwangsmaßnahmen. In Psychiatrien sind „Isolierung“ (=Einsperren in ein kahles Zimmer), „Fixierung“ (=Fesseln an ein Bett) und Zwangsbehandlung (gewaltsames Einspritzen von Psychopharmaka) erlaubt. Allein in den Städten Bremen, Hamburg, Heidelberg und Lübeck kamen in den letzten zwei Jahren sechs Menschen durch Zwangsmaßnahmen ums Leben.

Psychopharmaka. Selbst bei leitliniengerechter Dosierung besteht ein erhöhtes Risiko für plötzlichen Herztod und lebensbedrohliche medizinische Zwischenfälle. Das Risiko steigt mit der Dosis sowie mit der Anzahl der verabreichten Medikamente (Polypharmazie). Polypharmazie ist in der Psychiatrie nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Bereits bei drei Neuroleptika ist die Sterblichkeit 6-fach erhöht.

Suizid. Seelisch leidende Menschen nehmen sich eher das Leben. Psychiatrisierung und die dort erfahrene Behandlung verstärken oft das Leiden. Psychiatrien sind die einzigen Krankenhäuser, in denen Schmerzen mit Gewalt behandelt werden. Isolation, Tristesse, Objektifizierung, körperliche und seelische Gewalt können jeden Menschen traumatisieren und in tiefe Verzweiflung stoßen – in einer seelischen Krise können sie tödlich sein. Das Suizidrisiko ist am höchsten während stationärer psychiatrischer Behandlung und nach der Entlassung. In der Woche nach Entlassung ist es 278-fach erhöht, im Jahr danach immer noch bis zu 60-fach.

Unfälle. Viele Psychopharmaka schränken die Reaktionsfähigkeit ein. Folge ist ein erhöhtes Risiko für Stürze, Haushalts-, Fußgänger-, Fahrrad- und Autounfälle.

Polizeischüsse. Die Polizei ist schlecht bis gar nicht für den Umgang mit Menschen in Krisen geschult. Ihr eskalatives Vorgehen in solchen Einsätzen ist tödlich: Zwei Drittel der durch Polizeischüsse getöten Menschen sind in einer Krise oder verwirrt. Häufig sollte mit den Einsätzen eine Zwangseinweisung oder Vorführung vor Gericht vollzogen werden, für die die Wohnung der Betroffenen aufgebrochen und gestürmt wurde.

Körperliche Erkrankungen. Viele Psychiatrie-Betroffene sterben an denselben Ursachen wir andere Menschen auch (v.a. Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs). Allerdings sterben Psychiatrie-Betroffene hieran durchschnittlich 20 Jahre früher. Zum einen erhöht längerfristige Psychopharmaka-Einnahme das Risiko für diese Erkrankungen. Zum anderen werden körperliche Beschwerden bei „psychisch Kranken“ weniger ernst genommen und schwerwiegende Krankheiten später erkannt und behandelt.

WIE VIELE MENSCHEN STERBEN AUF DIESE WEISE?

Es ist davon auszugehen, dass jedes Jahr mehrere Tausend Menschen auf psychiatrischen Stationen, in forensischen Psychiatrien und in Heimen für „psychisch Kranke“ sterben. Offizielle Zahlen gibt es zurzeit leider nicht – **nach dem Jahr 2001 hören die offiziellen Zählungen auf**. Davor war im Statistischen Jahrbuch nachzulesen:

1991: 5.120	1995: 3.556	1999: 2.637
1992: 4.763	1996: 3.172	2000: 2.641
1993: 4.310	1997: 2.734	2001: 2.398
1994: 3.967	1998: 2.806	

Dies sind „nur“ die stationären Sterbefälle. Darin sind noch nicht die Menschen einberechnet, die kurz vor ihrem Tod auf Intensivstationen oder anderweitig verlegt wurden oder rückwirkend entlassen wurden. Auch Sterbefälle in Heimen und unter ambulanter Behandlung fehlen. Folgte man den Zahlen, käme man zu dem Schluss, dass es jedes Jahr weniger Tote gibt. Das ist jedoch ein Trugschluss, weil im selben Zeitraum die Zahl der Psychiatriebetten reduziert und stattdessen tausende Heimplätze geschaffen wurden. Diese Dezentralisierung betrifft also auch die Sterbefälle und macht sie schwerer nachvervolgbar.

WAS WIRD DAGEGEN UNTERNOMMEN?

Die großen „Institutionen“ der Psychiatriepolitik (Gesundheitsministerium, Krankenkassen, psychiatrische Fachverbände) ignorieren das Thema Psychiatrie-Tote. Entsprechend gibt es auch innerhalb der etablierten Strukturen (die den Schaden anrichten) keine Initiative, die die Verlängerung der Lebenserwartung Psychiatrie-Betroffener zum Ziel hat. Jede medizinische Disziplin muss sich an ihrem Einfluss auf die Lebenserwartung messen – die Psychiatrie jedoch offenbar nicht. Da die Zahlen der Toten aktuell überhaupt nicht erhoben werden, kann immer gesagt werden, es bestehe gar kein Anlass zum Handeln.

Wichtige Arbeit leisten Betroffenenverbände und Gruppen vor Ort: Durch Aufklärung, Beratung, solidarische Unterstützung, Information zum Absetzen von Psychopharmaka und Aufnahme von Menschen in Krisen – statt Psychiatrie.

WAS KANNST DU TUN?

- Verbreite Informationen über Todesfälle in Psychiatrien, thematisiere sie im
- Gespräch mit Freund*innen, Kolleg*innen, Familie.
- Falls du Kontakte zu vertrauenswürdigen Anwält*innen, Journalist*innen oder
- Menschen in der Politik hast, kannst du Betroffenenverbände mit diesen verbinden.
- Nimm Kontakt zu Menschen in den Einrichtungen auf und frag nach, wie es ihnen
- geht und ob sie anständig behandelt werden. Du kannst z.B. beim Gang über ein
- Klinikgelände mit den Leuten ins Gespräch kommen oder auf dem
- Patiententelefon anrufen (vorher über die Stationen informieren und dann bei der
- Zentrale anrufen und um Verbindung zu Station XY bitten).
- Schließ dich anderen psychiatriekritischen Menschen / Gruppen an und überlegt,
- was für Aktionen in eurer Region sinnvoll sind.

Besuch aus Berlin im Spättreff-Wohnzimmer in Wetzlar

Von Matthias Seibt

Links: Karla Keiner, Jürgen Dusel, Matthias Seibt.
Rechts: Klaus Schreiner, Alexandra Schoenwald, Claudia Eller

Am Montag, 4.11. war es endlich soweit – Herr Jürgen Dusel, seines Zeichens Behindertenbeauftragter der Bundesregierung machte dem Spättreff-Wohnzimmer seine Aufwartung.

Vom Spättreff nahmen Karla Keiner, Alexandra Schoenwald und Claudia Eller teil, ferner Herr Klaus Schreiner, Leiter Soziales und Integration des Lahn-Dill-Kreises und Matthias Seibt für das Projekt „Chance Krisenzimmer“ in Bochum.

Zunächst stellten sich alle Teilnehmer/innen des Gesprächs vor. Herr Dusel beschrieb seine bisherigen beruflichen Stationen: 2002 Leiter Integrationsamt in Brandenburg, ab 2007 auch zuständig für Forensik; ab 2009 zuständig für PsychKG in Brandenburg, ab 2010 Landesbeauftragter für Behinderung, ab 2018 jetzige Funktion.

Herr Dusel ist der 7. Behindertenbeauftragte der Bundesregierung und wie seine Vorgängerin, Frau Verena Bentele, blind.

Karla Keiner schilderte die Arbeit des Spättreff-Wohnzimmers, Alexandra Schoenwald bemängelte, dass Hilfe oft nicht schnell kommt, man dann dauerhaft Hilfe nehmen muss, obwohl man sie nur eine bestimmte Zeit braucht, ferner seien viele Betroffene abends und am Wochenende allein. Claudia schilderte die Probleme bei der Umsetzung ihres persönlichen Budgets und Matthias stellte die Bochumer Krisenzimmer vor. Dann ging es um aktuelle Finanzierungsprobleme des Spättreffs. Herr Dusel und Herr Schreiner konnten einige Möglichkeiten aufzeigen.

Den Abschluss bildete ein Videointerview, dass Matthias mit Herrn Dusel, Herrn Schreiner und Karla in ihrer Eigenschaft als Leiterin des Spättreffs führte. Seht Ihr unter:
https://youtu.be/HYwzUH8F2iE

Liebe Vereinsmitglieder,

als Vertreter des BPE war ich als Stimmberechtigter Teilnehmer zur NasPro Tagung entsandt worden. Hinter der Abkürzung verbirgt sich Das **Na**tionale Suidzidpräventions**pro**gramm.

Ich hatte mich bereit erklärt dort den BPE zu vertreten, nicht nur weil ich selbst in Berlin ansässig bin, sondern weil ich Teil des Teams der Beratung Suizidalität und Selbsthilfe bin, die jeden Freitag zwischen 21 und 24 Uhr und jeden Sonntag zwischen 15 und 18 Uhr unter der Nummer

0234/ 7089 0510 telefonisch zum Thema berät.

Das Team des Projekts, bestehend aus: Leilani, Saskia, Kristina und mir. Wir hatten uns vorab auf 5 sinnvolle Fragen geeinigt, die ich samt der Antworten, der Naspro Vertreter*innen auf dem Podium, hier mit Euch teilen möchte:

1. Frage: **Welche Personengruppen gelten dem NaSpro als „Betroffene“?**

Antwort: Betroffene sind alle Menschen, die mit Suizid zu tun haben; Feuerwehrleute, Bahnfahrer, Therapeuten etc.. Alle sind betroffen, anders gesagt, die Gesellschaft ist von Suizid betroffen.

2. Frage: **Wie viele (aktuell oder ehemals) suizidale Personen sind in der Allianz vertreten/heute anwesend?**

Antwort: Es gibt Menschen mit überwundenen suizidalen Krisen, die sich in der Vergangenheit bei NaSPro eingebracht haben. Eine Zahl dazu gibt es nicht. Der Bundesverband Psychiatrie Erfahrener ist die einzige (von mehr als 90

teilnehmenden Organisationen) in dessen Reihen sich explizit Menschen mit gelebter Erfahrung im Umgang mit Suizid befinden.

3. Frage: **Wie wird sichergestellt, dass die Interessen suizidaler Menschen im NaSPro angemessen vertreten sind?**

Antwort: Gar nicht. Da Suizidprävention alle Betroffenen, also wie oben genannt auch Feuerwehrleute, Bahnfahrer und Therapeuten betrifft, richtet sich die Suizidprävention nach den Bedürfnissen aller Betroffenen, bei denen (aktuell und ehemals) suizidale Personen nicht gesondert betrachtet werden.

4. Frage: **Welche aktiven Rollen sind im NasPro für (aktuell und ehemals) suizidale Menschen und deren Verbände vorgesehen?**

Antwort: Keine. Jedoch gibt es die Möglichkeit wie für alle anderen an den Arbeitsgruppen teilzunehmen. Ich wies darauf hin, dass es aus Sicht unseres Verbandes von großer Bedeutung ist keine „Scheinpartizipation" einzugehen.

5. Frage: **Wie viel Prozent der Jahresausgaben des NasPro sind für betroffenen-kontrollierte Aktivitäten suizidaler Menschen vorgesehen?**
*(**Anmerkung**: Betroffen meint dieses mal wirklich die Menschen mit gelebter Erfahrung im Umgang mit Suizid)*

Antwort: Auf diese Frage bekam ich von einem Vertreter der DGPPN den Hinweis, dass NaSPro keinerlei Selbsthilfe und therapeutische Behandlungsangebote anbietet. Als ich entgegnete, dass mir dies durchaus bewusst ist und an Hand von Beispielen (wie der betroffenenkontrollierten Forschung) klar machte, was ich meinte bekam ich vom Podium aus zwei etwas widersprüchlichen Aussagen. Prof, Fiedler aus Hamburg sagte, dass betroffenenkontrollierte Projekte /Arbeitsgruppen keine Sonderrolle erhalten, da dies die Kommunikation auf Augenhöhe gefährden würde.
Der andere Sprecher auf dem Podium, Prof Lindner sagte, dass neue Strukturen vielleicht geschaffen werden könnten; diese müssten zuerst vorgeschlagen und besprochen werden.
Klar wurde jedoch darauf hingewiesen, dass NasPro sich aus ehrenamtlichen Tätigen zusammensetzt und kein eigenes Budget hat. Für die Zukunft sei dies jedoch mit dem zuständigen Bundesministerium angedacht, ob sich dieses Vorhaben Realisieren lässt war zum Zeitpunkt der Tagung noch nicht absehbar.

Abschließende Gedanken kurz gefasst:

Mein persönlicher Eindruck war, dass wir Betroffenen im Naspro in Fragen zur Suizidprävention immer lediglich als Objekte vorkommen.
Meiner Einschätzung nach, gibt es innerhalb des NasPro eine klare hierarchische Struktur den jeweiligen Professionen nach. Wir sind derzeit eine von ***neunzig*** teilnehmenden Institutionen!
In diesem Kräfteverhältnis sinnvoll unsere Zeit und Energie einzusetzen halte ich für nicht umsetzbar. Daher rate ich zum Austritt aus dem Bündnis und die Stärkung eigener Strukturen die Raum lässt für neue Ideen, Betroffenenkontrolle und die damit den Idealen des Bundesverbands von Anfang an gerecht werden.

Felix Henneberg

BOP&P e.V. startet Anlaufstelle für Psychiatrie-Erfahrene in Berlin

Von Peter Mast

Anfang des Jahres 2019 befand sich BOP&P e. V. in einer tiefen Krise. Der alte Vorstand hatte seinen Rücktritt angekündigt und der Verein stand kurz vor der Auflösung.

In dieser kritischen Situation erklärten sich Jasna Russo, Felix Henneberg und Oliver Danger (der mittlerweile wieder zurückgetreten ist) bereit, die Vorstandsarbeit zu übernehmen und wurden von der Mitgliederversammlung gewählt.

Durch ihre Initiative und die engagierte Arbeit einiger neuer und alter Mitglieder ist gelungen, das geplante Projekt Anlaufstelle zu realisieren und finanziert zu bekommen.

Zum 1. 11. 2019 konnten nun eigene Räumlichkeiten angemietet werden, die zukünftig als Treffpunkt für die Mitglieder, für Selbsthilfe und Beratung und zur Durchführung von Veranstaltungen genutzt werden können.

Die Finanzierung erfolgt durch Mittel des Integrierten Gesundheitsprogramms des Landes Berlin zur Förderung von Projekten im Gesundheitswesen. Durch Unterstützung des Landesamtes für Gesundheit und Soziales und in konstruktiver Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Berlin konnten entsprechende Anträge noch für 2019 und nachfolgend 2020 auf den Weg gebracht werden.

Zum 1. August 2019 konnte von BOP&P e. V. zudem eine durch das Jobcenter Berlin-Pankow geförderte Arbeitsstelle eingerichtet werden, mit der die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins neu aufgestellt (eine neu konzipierte Website ist in Arbeit) und der Vorstand in seiner Arbeit unterstützt wird.

Rezension

Leonard Leinow / Juliana Birnbaum: Heilen mit CBD – Das wissenschaftlich fundierte Handbuch zur medizinischen Anwendung von Cannabidiol

Leonard Leinow mit über 30 Jahren Erfahrung im Anbau, Studium und der Vermarktung von medizinischem Cannabis hat gemeinsam mit der Kulturanthropologin Juliana Birnbaum ein Buch geschrieben über die Anwendungsmöglichkeiten von Cannabidiol bei Schmerzzuständen, diversen Krankheiten sowie psychischen Problemen wie Schlaflosigkeit, Angstzuständen, Depressionen, »Schizophrenie«, Stimmungs- und Essstörungen und posttraumatischen Belastungsstörungen. Cannabidiol – kurz CBD – ist ein Bestandteil von Cannabis, nicht zu verwechseln mit Tetrahydrocannabinol (THC), einem anderen Cannabis-Wirkstoff, der im Gegensatz zu CBD eine berauschende Wirkung hat. Studien an Mensch und Tier hätten ergeben, so die US-Amerikaner Leinow und Birnbaum, dass CBD u.a. krebshemmend wirke, weiterhin gegen Übelkeit, Erbrechen, Durchfall, Blutarmut, Schuppenflechte, Diabetes, wechseljahrbedingte Störungen, antibakteriell, schmerzlindernd, knochenstimulierend, herz- und nervenschützend, krampflösend, antiepileptisch, antipsychotisch, gewichtsabbauend u.v.m. Sie beschreiben die verschiedenen Formen von CBD und die Genetik, Eigenschaften und Verwendungsmöglichkeiten verschiedener CBD-reicher Cannabissorten und bieten Dosierungsvorschläge an für einzelne Krankheiten, Störungen oder Problembereiche. Für Menschen mit psychiatrischen Problemen ist CBD interessant, da es Ärzte hierzulande seit 2017 auf Rezept verordnen können und einige auch tun, zum Beispiel beim Reduzieren und Absetzen von Neuroleptika als Ersatz für die toxischen Neuroleptika; auch psychische Probleme sollen so gelindert werden. Die Rechtslage wird ebenso beschrieben wie Dosierungsrichtlinien, Wechselwirkungen mit anderen Medikamenten, unerwünschte Wirkungen vor allem bei Hochdosierung und Maßnahmen gegen Toleranzbildung, damit keine körperliche Abhängigkeit entsteht. Das Buch ist übersichtlich gegliedert und leicht verständlich für Mediziner und Nicht-Mediziner. Da ein erheblicher Widerstand seitens der Mainstreampsychiatrie gegen den Einsatz von CBD zu erwarten ist – schließlich werden sie mit Sicherheit an ihren „alternativlosen" Neuroleptika festhalten und CBD als unwirksam und gefährlich abtun wollen, ist das Buch eine wichtig Quelle von Argumentationshilfen für den Einsatz einer schonenden Alternative zu den herkömmlichen Psychopharmaka.

Amerikanische Originalausgabe 2017. Kartoniert, 384 Seiten, ISBN 978-3-7423-1078-1. München: Riva Verlag 2019. € 16.99

Peter Lehmann

https://www.justiz.bayern.de/gerichte-und-behoerden/landgericht/muenchen-1/presse/2019/14.php

Pressemitteilung 14/2019 vom 12.11.2019

Gütliche Einigung in dem Amtshaftungsverfahren Gustl Mollath ./. Freistaat Bayern

Gustl Mollath und der Freistaat Bayern haben sich in dem Amtshaftungsverfahren mit dem Az. 15 O 4267/18 gütlich geeinigt. Der Freistaat Bayern zahlt ohne Anerkennung einer Rechtspflicht zur Abgeltung der geltend gemachten Ansprüche ins-besondere aufgrund unberechtigter Unterbringung in einem forensischen psychiatrischen Krankenhaus an Gustl Mollath einen weiteren Betrag in Höhe von 600.000,00 €.
Der Rechtsstreit ist mit dieser gütlichen Einigung beendet. Weitere Verhandlungstermine werden folglich nicht stattfinden.

Verfasser der Pressemitteilung:
Richter am Landgericht München I Uwe Habereder - Pressesprecher -

20 Jahre BPE-Website
Ein Interview des Rundbrief-Redakteurs Reinhard Wojke mit dem Webmaster Peter Lehmann

Rundbrief: Lieber Peter, ich gratuliere dir zu diesem einmaligen Jubiläum! Zum Jahresende 2019 feierst du dein zwanzigjähriges Jubiläum als Webmaster. Wie war das damals, als du angefangen hast?

PL: Ich war damals im Vorstand des BPE. Vom Dachverband Gemeindepsychiatrie kam kurz vor der Jahrtausendwende das Angebot, den BPE in sein Psychiatrienetz im Internet aufzunehmen. Ich war sofort dagegen, wollte in keinem Psychiatrienetz gefangen sein. Der BPE sollte eine unabhängige Website haben. Meine damaligen Vorstandskolleginnen und -kollegen, unter anderem Dorothea Buck, sahen dies auch so. Da war aber gleich die Frage, wer macht die Website? Keiner von uns hatte Ahnung von Websitegestaltung. Zum Glück half uns Birgit Görres vom Dachverband mit einem Finanzierungsantrag an das Bundesministerium für Gesundheit. Enthalten waren Gelder für die Anschaffung eines Programms zur Erstellung von Websites und für eine Schulung, wie man damit arbeitet. Ich hatte das Glück, dass ich diese Schulung machen konnte und vom BPE-Vorstand mit der Erstellung der Website beauftragt wurde. So fing alles an.

Rundbrief: Die Internetadresse www.bpe-online.de ist recht eingängig. Wer kam auf diese URL?

PL: Sie stand mir eines Morgens beim Aufwachen vor Augen. Solche Lösungen passieren mir oft, wenn ich mir am Tag zuvor den Kopf über etwas zerbrochen habe.

Rundbrief: Eine Website aufzubauen und zu pflegen, das ist ja alles recht zeitaufwendig. Wie schaffst du das?

PL: Du hast recht, es kostet viel Zeit, Mühe und Hingabe. Von außen wird dies nicht so richtig sichtbar. Dank erntet man wenig. Allerdings werde ich vom BPE dafür bezahlt, und zwar nach Zeitaufwand. Ich bekomme pro Stunde 16 €. Über viele Jahre, bis 2017, waren es unverändert 16 € brutto, seit 2018 sind es 16 € netto, das heißt, es kommen noch 19% Mehrwertsteuer dazu, also 3,04 €, die ich wiederum ans Finanzamt abführen muss. Im Durchschnitt berechne ich pro Monat eine halbe Stunde. Reich werde ich davon nicht.

Rundbrief: Gab es auch mal Probleme mit der Website? Es gibt ja im BPE immer mal wieder Richtungskämpfe. Finden sich diese nicht auf der Website?

PL: Ich bemühe mich, Streitigkeiten von der Website fernzuhalten, hoffentlich erfolgreich. Eigentlich ist das nicht schwer. Probleme gab es nur wenige. Anfangs hatte ich ein Diskussionsforum integriert. Nach kurzer Zeit gifteten sich einige Leute an, forderten Richtigstellungen, Löschungen. Der übliche Mist. Ich habe daraufhin das Forum kurzerhand gelöscht. Später hat dann Ronald Bartle, der mich lange in Computersachen beraten hat, eine Mailingliste für BPE-Mitglieder ins Leben gerufen.

Als dort der Totschlag einer jungen Psychiatriepflegerin gutgeheißen wurde und der BPE-Vorstand sich nicht eindeutig distanzierte, griff Ronald notgedrungen zur selben Lösung, das heißt, er löschte die Mailingliste. Er war für sie verantwortlich. Ich hatte dann noch ein Problem, als ich 2012 auf der Terminseite, die ich über viele Jahre selbstständig mit für Psychiatriebetroffene interessanten Terminen versah, einen Ex-In-Termin eingestellt hatte. Ex-In war – vielleicht ist es auch noch – in Teilen des BPE umstritten, da Profis dort eine maßgebliche Rolle spielen. Auf der anderen Seite wurde Ex-In von Dorothea Buck unterstützt, sie war ja immerhin die Ehrenvorsitzende des BPE. Zwar waren dann einige BPE-Vorstandsmitglieder bei dieser Ex-In-Veranstaltung, und ich machte dort sogar eine Arbeitsgruppe zum Thema Absetzen von Psychopharmaka. Aber mir wurde hinterher vom BPE-Vorstand beschieden, ich müsse ab sofort den BPE-Vorstand um Erlaubnis fragen, wenn ich Termine von Gruppen auf der Website einstelle, die nicht auf einer internen Liste des BPE geführt werden. Ich brachte also auf der Website einen Vermerk an, man möge vorher beim BPE-Vorstand die Erlaubnis einholen, damit ich einen Termin bekannt machen kann. Diese Regelung blieb viele Jahre. Kein einziger Termin schaffte es auf diesem Weg auf die Website. Vor einem Jahr zog der Vorstand, inzwischen in anderer Zusammensetzung, diesen Beschluss wieder zurück. Diese Geschichte war recht demotivierend für mich. Ich bin jetzt 40 Jahre im Selbsthilfebereich tätig, und mir nicht zuzutrauen, „gute“ Termine von „schlechten“ zu unterscheiden, machte mich etwas traurig. Sei’s drum, dieses Problem ist jetzt Geschichte. Schön fand ich, das vor zehn Jahren der Vorstand meinem Vorschlag folgte, für Dorothea Buck die Webadresse www.dorothea-buck.de zu finanzieren. Jetzt, wo Dorothea gestorben ist, finden sich dort ihre Bücher, Artikel und Vorträge. Auch ihre berühmte Rede von 2007 beim Weltkongress der Psychiater in Dresden. Ihre Seite habe ich bis zuletzt zusammen mit ihr gestaltet. Deshalb sehe ich immer wieder gezwungen, darum zu betteln, dass in Nachrufen ihre Website genannt wird. Leider denken viele nicht von sich aus daran.

Rundbrief: Immer wieder höre ich, dass das Layout der BPE-Website altmodisch ist. Ich höre übrigens dasselbe, was den Rundbrief betrifft. Was sagst du zu dem Vorwurf?

PL: Im Grunde haben die Leute recht. Ich bin ja kein Computerfreak. Gerne würde ich hören, dass ich die Seite konfliktfrei betreibe, den Vorstand entlaste, denn er muss keine Sekunde Zusatzarbeit aufwenden, was die Website betrifft. Und gerne würde ich hören, dass ich die Website übersichtlich gestalte, auf das Wesentliche beschränke und auf Schnickschnack verzichte. Manche Leute schätzen die Schlichtheit. Allerdings sind Geschmäcker verschieden. Die einen wollen die Navigationsliste links, die anderen rechts. Ich habe sie oben auf der Website, da ich gelernt habe, dass diese Anordnung für Smartphones besser ist. Und zugegeben, es gibt neue Layoutprogramme, die Seiten schöner und moderner gestalten. Aber die sind dafür anfälliger gegen Hackerangriffe, im Gegensatz zum guten alten HTML. HTML ist die Abkürzung für Hypertext Markup Language, zu deutsch Hypertext-Auszeichnungssprache. Es ist eine textbasierte Computersprache zur Strukturierung elektronischer Dokumente wie Texte mit Hyperlinks, Bildern und anderen Inhalten. Die neuesten Layoutprogramme beherrsche ich nicht, ich müsste erst eine Schulung machen. 2015 bekamen der BPE-Vorstand und ich das Angebot eines Psychiatriebetroffenen, die Website grundlegend neu zu gestalten. Er war in einer Reha-Maßnahme und musste ein Praktikum machen. Die Arbeit hätte der Träger der Reha-Maßnahme bezahlt. Leider konnte der Betroffene sein Gesuch an den BPE-Vorstand aufgrund sozialer Ängste nicht selbst stellen, seine Mutter hat dies für ihn getan. Soweit ich informiert bin, lehnte es der BPE-Vorstand deshalb ab, den Praktikumsvertrag zu unterzeichnen. Du kannst dir denken, wie ich das fand. Also blieb die Website wie sie ist. Immerhin zeigte mir der junge Mann noch, was ich zu ändern habe, damit die Website auch auf Smartphones funktioniert. Diese Änderungen habe ich dann selbst gemacht.

Rundbrief: Wie lange wirst du die Website noch betreuen?

PL: Keine Ahnung. Ich gebe zu, dass ich manchmal mit dem BPE hadere, speziell wenn er sich in Tagungen wie zuletzt in Heidelberg in meinen Augen eher als Hassgemeinschaft aufführt denn als attraktive Selbsthilfeorganisation. Wenn ich an die letzte Mitgliederversammlung mit den vielen beleidigenden persönlichen Angriffen und unangenehmen Taktierereien denke, dann tu ich mich schon etwas fremdschämen, schließlich bin ich ja auch Mitglied im diesem Verein. Dorothea, der ich mich immer sehr verbunden fühlte, hat übrigens kurz vor ihrem Tod gesagt, sie würde, wenn sie stirbt, zwar woanders hingehen, aber uns von oben zuschauen und sich immer mal wieder einmischen. Das kannst du im Nachruf von Thomas Bock und Gwen Schulz nachzulesen, auf Dorotheas Website befinden sich Links zu den Nachrufen. Es sollte sich also niemand wundern, wenn es während der nächsten BPE-Mitgliederversammlung mächtig blitzt und donnert. Mir ist klar, dass es zur Situation im Verband auch komplett andere Sichtweisen im BPE gibt. Aber es sind einige Leute im BPE, denen ich mich nahe fühle. Und zudem gestalte ich die Website auch im Interesse der Abertausenden von Psychiatriebetroffenen, die nicht Mitglied im BPE sind und schlicht im Internet nach Informationen suchen. Jedenfalls bilde ich mir ein, auch in deren Sinne tätig zu sein. Wenn mich die BPE-Mitgliederversammlung abberuft, geht für mich die Welt nicht unter. Ich habe schon mehrere Websites gestaltet, zum Beispiel für das Europäische Netzwerk von Psychiatriebetroffenen, das Berliner Weglaufhaus oder den Verein „Für alle Fälle e.V.“ Mal wurden die Websites dann tatsächlich besser, mal gab es jahrelange Probleme mit den neuen Webmastern, mal konnten neue Informationen und Links nur noch mit erheblichem finanziellen Aufwand in die Websites eingepflegt werden. Noch ist die BPE-Website mit einfachen HTML-Kenntnissen zu gestalten. Aber ich weiß: Irgendwann werde ich meinen Hut nehmen. Oder nehmen müssen. Letztlich bin ich ein Internet-Dinosaurier, und was mit Dinosauriern früher oder später geschieht, ist mir bekannt. Ich habe da keinerlei Illusionen.

Rundbrief: Angenommen, du betreust die Website weiterhin, was hast du für Wünsche?

PL: Oft schicken mir die Leute lange Texte als Word-Dokumente oder als PDF, die ich auf die Website stellen soll. Ohne jedoch einen kurzen, übersichtlichen Text anzufügen, von dem aus ich dann den Link auf ihren längeren Text setzen soll. Das heißt, sie erwarten, dass ich ihren langen Text lese und für den Kurztext zusammenfasse. Diese Gedankenlosigkeit ärgert mich, ich bin doch nicht deren Sekretär. Sie kennen ihre Texte und können sie selbst zusammenfassen. Das Hin und Her ist zeitaufwendig und überflüssig. Ich wünsche mir, dass sie vorher einen Blick auf die Website werfen, mir sagen, wo genau ihr Text gelistet sein soll. Und sich daran orientieren, wie solche Kurztexte aussehen. Die ganze Website ist voll mit diesen Kurztexten.

Rundbrief: Lieber Peter, ich danke dir für deine offenen Worte. Noch einmal: Herzlichen Glückwunsch zum zwanzigjährigen Jubiläum als BPE-Webmaster. Ich kenne keine andere Website, die über eine so lange Zeit problemlos von ein und derselben Person betreut wird.

PL: Lieber Reinhard, danke, gerne geschehen. Ich hoffe, dass ich mich bei deinem zwanzigjährigen Jubiläum als Rundbrief-Redakteur des BPE revanchieren kann.

Das Erbe von Dorothea Buck weitertragen

27. BPE-Jahrestagung vom 11. bis 13. Oktober erstmals in Heidelberg

Von Gangolf Peitz

Die traurige Nachricht kam kurz vor Beginn der diesjährigen Jahrestagung der größten Organisation Psychiatrie-Erfahrener im deutschsprachigen Raum: Der Tod von Dorothea Buck. Deutschlands bekannteste Psychiatrie-Erfahrene, Mitgründerin und Ehrenvorsitzende des Bundesverbandes Psychiatrie-Erfahrener ist am 9. Oktober 2019 im Alter von 102 Jahren in Hamburg gestorben. Im Foyer vor dem Hauptversammlungsraum im DJH Heidelberg stand ein geschmücktes Foto von Dorothea, die bis zuletzt bei den Jahresmeetings per Videobotschaft dabei war. Am 10. Oktober wurde der Nachruf des Bundesverbandes veröffentlicht und eine Woche vor ihrer Beerdigung am 1. November ein BPE-Sondernewsletter über Großverteiler versendet, der auch weltweite Nachrufe (z.B. in der New York Times) zu Person, Werk und Verdienst von D. Buck für die Rechte von Menschen mit Psychiatrieerfahrung wiedergab.

An die 100 Mitglieder, Referent*innen, Mitarbeitende und Gäste waren zur BPE-Jahrestagung 2019 unter dem Titel „Menschenrechte und körperliche Unversehrtheit“ vom 11. bis 13. Oktober an den Neckar gekommen. Das Programm war gewohnt umfangreich: Zehn Arbeitsgruppen, Referate, Vorträge, eine frei gestaltete Alternative zum Kulturprogramm, Info- und Büchertische sowie die obligatorische Mitgliederversammlung. Im Vorfeld konferierten Geschäftsführender und Gesamtvorstand.

Grußworte und Vorträge – Aus den Gremien – Heftige Mitgliederversammlung

Das eröffnende Grußwort sprach am Freitagabend Stephanie Aeffner, Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen in Baden-Württemberg. Kritisch mahnte sie die defizitäre Umsetzung der Maßnahme EUTB an, die wider deren Sinn („unabhängig“) im Gros von den klassischen Trägern durchgeführt werde. Nach wie vor mangele es auch an echten Inklusionsprojekten, wenn es um Teilhabe entsprechend der UN-BRK ginge und gesetzliche Betreuung erfülle nicht selten ihren Auftrag nicht, d.h. individuelle Assistenzen für Betroffene für deren Ziele zu organisieren. Sie beobachte all dies in ihrem Bundesland und kämpfe in den Gremien für Abhilfe, Änderung und Verbesserung. In der Diskussion mit dem Publikum zeigte sich, dass Psychiatrieerfahrene und Selbsthilfe aus allen Teilen der Republik die angesprochenen Mängel ähnlich berichten.

Die Tagung hatte mit Programm- und Personalausfällen zu kämpfen. Die verpflichtete Referentin für den Input-Vortrag „Verstöße gegen die Menschenrechte“ am Samstagmorgen erschien nicht. Der Gesamtvorstand hatte sich für einen spontanen Alternativvortrag von Felix Henneberg (Berlin) entschieden, den dieser dann doch nicht hielt, sondern Matthias Seibt vom Landesverband Psychiatrie-Erfahrener NRW. Zuvor fand Frau Görres (Dachverband Gemeindepsychiatrie, Köln) passende Begrüßungsworte zum Samstag. Gegen Ende dieser merkte sie an, dass sich der Dachverband - der BPE ist Mitglied darin - mehr Kommunikation mit dem Bundesverband wünsche. Gesprächs- und Einbezugsangebote blieben leider öfters ohne Reaktion, wenngleich der BPE das „Nicht ohne uns über uns“ einfordere.

Nach einem allgemeinen Abriss zur Geschichte der Menschenrechte erläuterte Matthias Seibt seine (eng gefasste) Ansicht von Solidarität, die nur ein Solidarisieren „Gleicher mit Gleichen“ zulässt. „Psychiatrie tötet“ und erlaube (.. ihm) kaum bis kein Gespräch mit dieser. Sonderbar fürs Publikum klangen Vergleiche - auch ohne zeitliche Unterscheidung - mit dem deutschen Nazi-Faschismus und der Ausführung, dass Psychiatrie verlogen sei, Hitler dagegen ein ehrlicher Verbrecher gewesen sei. Eine Kooperation Psychiatrieerfahrener mit dem „System“ sei auf Augenhöhe an vielen Stellen nicht möglich. Dass dies nicht tragende Meinung bzw. allgemeiner Sprachgebrauch im großen BPE e.V. ist, wurde erst gegen Ende seines plakativen Vortrags deutlich: Dies sei nur seine persönliche Meinung.

An den internen Vorstandssitzungen (mit „brennenden“ TOPs) des Verbandes am Donnerstag und Freitag konnten Ruth Fricke und Reiner Ott vom Geschäftsführenden Vorstand wegen Krankenscheinen nicht teilnehmen. Einige dort intensiv vordiskutierte Probleme wurden aufgrund satzungsgemäßer kurzfristiger Anträge in die Mitgliederversammlung zum Vortrag am Samstagabend verlegt. Diese gestaltete sich stellenweise turbulent und befremdete für manche Besucher dadurch, dass schwerwiegende Fragen nun hier in einem emotionalen Schnellverfahren - ohne Möglichkeit sorgfältiger Prüfung von (z.T. plötzlich neu vorgelegten, hier wiederum teilweise unklaren) Unterlagen von (knapp 7 %) der Mitgliederschaft - abgestimmt und eher nach gerade vorherrschender Stimmung(serzeugung) und Wortgewalt entschieden wurden. Es drängte sich die Frage auf, ob nicht ein möglicher Konstruktionsfehler in der Satzung vielleicht zu diskutieren oder juristisch zu prüfen sei, auch um (repräsentative) Vorstandsarbeit nicht auszuhebeln bzw. zu demotivieren. Derweil blieben andere gravierende - auch personelle - Fragen und Probleme fast unbeachtet bzw. ohne Antwort. Vermutlich wird der Verband in seinen Hauptgremien nachfolgend diesbezüglich weiter selbstkritisch eruieren und auch die Streitkultur optimieren.

Aus den Gremiensitzungen vom 10./11. Oktober wurde bekannt, dass sich der Bundesverband beim Thema Patientenverfügung jetzt für die Empfehlung der „Psychosozialen Patientenverfügung“ entschieden hat (P. Lehmann, Antipsychiatrieverlag; fortlfd. überarbeitet, Download kostenlos über http://www.antipsychiatrieverlag.de/info/pt/psychpav.htm). In der Außenkommunikation hat man sich erfreulich breiter aufgestellt: Der 2018 eingeführte monatliche BPE-Newsletter (Anmeldung zum kostenfreien Bezug bei bpe_newsl_master@online.ms)

erreicht heute trialogisch schon fast 700 Leser*innen. Tendenz der Abonnentenzahl: steigend. Ein neuer Social Media-Referent ist seit Sommer vor allem auf der BPE-Facebookseite tüchtig tätig.

Absagen musste Birgit Fuchs (Leiterin „Fördern und Wohnen“, Pfalzklinikum Klingenmünster) ihr Grußwort am Sonntagmorgen. Im nachfolgenden Referat erläuterte Rudolf Starzengruber (BayPE e.V., Augsburg) eindrucksvoll Änderungen im Krisendienst in Bayern.

AGs zu Ernährung, Spiritualität, Psychopharmaka oder Zeitungsarbeit

Jurand Daszkowski (Hamburg) erörterte in seiner Arbeitsgruppe politische Partizipation (Psychiatrie-Erfahrener) im Prüfstand von Anspruch und Wirklichkeit. Peter Lehmanns (Berlin) traditionell gut besuchte AG beleuchtete den Zusammenhang von Psychopharmakaabsetzen und körperlicher Unversehrtheit. Referent Claus Wefing (NRW) vermittelte seiner Gruppe den spirituellen Weg als Hilfemöglichkeit. Gangolf Peitz (Saarbrücken) moderierte „Selbsthilfezeitung machen“. Peitz betonte im Nachbericht vor dem Plenum am Sonntag, dass es wichtig sei bei meinungstragenden Beiträgen fundiert zu schreiben, nicht zu generalisieren und Meinung und Fakten zu trennen. Angezeigt sei ein differenzierter, sachlicher Schreibstil. Hervorzuheben ist noch die AG „Ernährung und seelische Gesundheit“. Matthias Latteyer (Hamburg) widmete sich einem elementaren, zu wenig beachteten Aspekt für die persönliche Gesundheit. Leidenschaftlich und konkret gelang ihm ein Werben für gesünderes essen und trinken.

Neumitglieder-Treff, Literatur- und Infostände, Kunstpräsentation

Einen titelreichen Stand mit Literatur bot der Berliner Antipsychiatrieverlag an. Die Partner-Selbsthilfen SeelenLaute Saar und SeelenWorte RLP aus Saarland und Rheinland-Pfalz hielten in Zusammenarbeit mit dem europäischen Kunstprojekt Art-Transmitter e.V. einen Stand mit Medien, Infos und Beratung vor. Als Highlight war eine Original-Portraitmalerei des bekannten Heidelberger Outsider Art-Künstlers Matthias Maaß (der jetzt bis Winterende bei Sammlung Prinzhorn und galerie p13 gezeigt wird) auf einer Staffelei zu sehen. Prospekte und Publikationen des Bundesverbandes, von LPE NRW e.V. und anderen Landesorganisationen wurden an einem weiteren Tisch gerne mitgenommen.

Eine gute Idee verwirklichte Kristina Dernbach vom BPE-Vorstand in einem Neumitglieder-Treff, mit persönlicher Auskunft zur mannigfaltigen Arbeit des Bundesverbandes, zu seinen Zielen, Projekten und Angeboten. Dernbach ist ambitioniert im BPE-Beratungsprojekt „Mit Suizidgedanken leben“ (vgl. http://suizidgedanken.net) aktiv, das für Ratsuchende bewusst am Wochenende nachts und am Sonntag telefonisch zur Verfügung steht. Im Weiteren stand am Freitagabend eine Filmvorführung auf der Agenda und ein Spiele-Treff lud zu Entspannung ein. Dennoch fehlte ein originäres Kulturprogramm wie sonst, mit Kabarett, Live-Musik oder einer Autorenlesung.

Ausblick 2020 ff. – Das Erbe von Dorothea Buck weitertragen

Schließlich wurden noch Ort und Titel der nächsten BPE-Jahrestagung bekanntgegeben: Vom 9. bis 11. Oktober 2020 treffen sich alle Interessierten wieder in der Internationalen Jugendherberge DJH Kassel, unter der Überschrift „Aus dem Schatten ins Licht“, zu neuem Austausch, zu Wissenserweiterung und Diskussionen, für Vernetzung und länderübergreifende Kontaktpflege. Während der arbeitsreichen drei Heidelberger Tage in 2019 trugen sich viele ins Kondolenzbuch anlässlich des Todes von Dorothea Buck ein. Mit einer Schweigeminute wurde inmitten der lebhaften Mitgliederversammlung - die gleichwohl die Lebendigkeit des Verbandes bewies - innegehalten und ihrer sowie verstorbener anderer Mitglieder gedacht. Sie bleibt über ihren Tod hinaus eine Mahnerin und Friedensstiftende, auch gesamtgesellschaftlich: Gegen Hass, gegen Schwarz-Weiß-Malerei, gegen Intoleranz und vereinfachende Sprache. Für Kommunikation, Verbindendes und Solidarisieren, für das Gespräch, für Argumente. Fürs Anderssein und die Vielfalt. Und in aller Klarheit für Menschlichkeit und Menschenrechte. Es gilt, Dorotheas Erbe weiterzutragen.

Gangolf Peitz betreibt das Büro für Kultur- und Sozialarbeit Saar und ist beim BPE e.V. in der Öffentlichkeitsarbeit tätig. Kontakt: buero_kultur_sozialarbeit-saar@email.de.

ReferentenInnen gesucht für Jahrestagung 09.-11.10.2020 in Kassel

Thema ist „Aus dem Schatten ins Licht“

Bitte bewerbt Euch bis 31.1.2020 für eine zum Thema passende Arbeitsgruppe, einen zum Thema passenden Vortrag oder einen Beitrag fürs Rahmenprogramm. Bewerbung ist in maximal 12 Zeilen abzufassen und das Angebot inhaltlich klar und direkt zu beschreiben (ohne link-Verweise).

Falls wir Eure Bewerbungen auswählen, werden diese (ohne Eure Adressdaten, aber mit Namen) im BPE-Rundbrief, welcher auch online zu sehen ist, veröffentlicht.

Bewerbungen bitte an Vorstand@bpe-online.de oder BPE, -Vorstand-, Herner Straße 406, 44 807 Bochum senden..

AG 1 Hilfreiche und enttäuschende Erfahrungen als Psychiatrie-Erfahrene

Moderation: Elisabeth Scheunemann / Hartwig Fleiß

Die Gruppe hatte 10 TeilnehmerInnen. Bei der sehr persönlichen Fragestellung war es hilfreich, dass wir uns im Vorfeld darauf verabredeten, die Arbeitsgruppe zu zweit anzuleiten. So konnten wir die emotionalen Anteile der Diskussion gut im Blick halten, den Bedürfnissen der Teilnehmer Raum geben. Nach jeweils einer Stunde unterbrachen wir für eine kurze Pause um durchzuatmen. Es stellte sich eine wertschätzende. entspannte und wohlwollende Atmosphäre ein.

In der Vorstellungsrunde stellte sich heraus, dass zwei Teilnehmerinnen nicht aus der Selbsthilfe kamen. Eine war Koordinatorin eines Trägers der Eingliederungshilfe aus NRW und ihre Chefin hatte sie geschickt, um zu hören, was Psychiatrieerfahrene als hilfreich oder enttäuschend erleben. Die andere Teilnehmerin kam vom Bundesverband ANUAS e.V., Hilfsorganisation für Angehörige von Mord-, Tötungs-, Suizid- und Vermisstenfällen. Sie berichtete, dass es für ihre Klientel sehr schwer sei, eine Behandlung der Traumafolgenstörungen genehmigt zu bekommen. Wir verwiesen auf die Aktivitäten des Referates Psychotraumatologie bei der DGPPN.

Wir zitieren, was die TeilnehmerInnen bei ihrer Vorstellung mitgeteilt haben: Unmittelbar zu Traumafolgenstörungen sagte eine psychiatrieerfahrene Teilnehmerin: ”Posttraumatische Belastungsstörungen passen in die Psychiatrie nicht rein.” Ein Rentner erwähnte eine gute Betreuerin, die ihn “bis hin zur Ärztekammer” unterstützt habe. Seine persönliche Erfahrung sei. „Ärzte können helfen, aber man muss beisteuern.” Kritisch erwähnte er die zu engen Vorschriften der Krankenkassen bei der Vergabe und Verwendung der Fördergelder für die Selbsthilfe.
Eine Teilnehmerin im Rentneralter hatte ein Buch mitgebracht, das sie über ihre Erfahrungen in der Psychiatrie seit 1972 niedergeschrieben hat, “als es nur Valium und Elektroschocks gab.” Es war entsetzlich, aber sie erlebte damals eine Ärztin als sehr zugewandt und hilfreich. “Worte können so heilsam sein”. Sie legte das Buch in die Mitte der Runde. Es war spürbar ein Bezugspunkt für sehr persönliche biografische Erzählungen wie: Nach dreimaligen misslungenen Versuchen, wieder am Arbeitsplatz Fuß zu fassen, habe ich mich berenten lassen und engagiere mich seither mit mehr Lebenszufriedenheit in der Selbsthilfe. Von seinem Engagement in der Selbsthilfe berichtete auch ein Teilnehmer aus Nordrhein-Westfalen.

Ergänzend wiesen wir auf die Veröffentlichungen auf der Webseite des LPE NRW unter dem Stichwort “Psychopharmaka und Verrücktheit”. hin: “Tipps und Tricks um Verrücktheiten zu steuern”, “Wichtiger Schlaf” und “Tipps zur Selbststabilisierung” Ein Teilnehmer ergänzte: sich nicht zurückziehen, Sport in einer Turnerclique, sich informieren, welche Rechte habe ich?

Eine andere ältere Teilnehmerin berichtete von ihrem ersten Aufenthalt in einer Klinik vor 40 Jahren. Sie habe Haldol bekommen, aber mit dem Versprechen, es werde wieder abgesetzt, wenn es ihr nicht bekomme. Dieses Versprechen sei eingehalten worden. “Jedes Jahr um diese Jahreszeit erinnert sich mein Körper an diese erste Klinikerfahrung”. Wichtig seien Menschen, die uns als Menschen behandeln. Sie fügte mit einer lebhaften Körperbewegung und einem blick in die Runde hinzu: “Ich weiß gar nicht, warum ich mich hier wohlfühle, in der Gemeindepsychiatrie aber nicht.”

Eine Frau berichtete, sie habe schon als Kind psychische Probleme gehabt und habe eine Spieltherapie gemacht. Ab 2008 habe sie persönlich schlechte Erfahrungen in der Gemeindepsychiatrie gemacht. Sie beklagte eine starke Abhängigkeit, “wenn alle Angebote über die Institution laufen”. In der Klinik habe sie gute Erfahrungen gemacht, wenn sie direkt auf die Profis zugegangen sei. Seither habe sie sich auch bei den Hilfeplankonferenzen “immer dazu gesetzt”. Unvergesslich ihre Bemerkung in der Resumeerunde: “Der beste Therapeut ist einer mit drei Buchstaben.” Als alle erstaunt aufblickten, nannte sie ihn: ”ICH!”

In den vielfältigen anschaulichen biografischen Schilderungen wurde deutlich, dass Betroffene sehr individuelle Wege gehen und dabei auf Zugewandtheit und verständnisvollen Beistand angewiesen sind. Da kam die Frage an die Vertreterin eines Trägers der Eingliederungshilfe, wie weit diese diesen persönlichen Beistand leisten kann. Ganz praktisch haben wir gefragt, ob jemandem im Betreuten Wohnen Hilfestellung gegeben werden kann, wenn er/sie Sport in einem Sportverein machen will und dazu erst einmal seine Hemmungen überwinden muss, auf Menschen außerhalb des psychiatrischen Versorgungssystems zuzugehen. Es kam heraus, dass die Verwaltungsregelung, die in NRW im Betreuten Wohnen zwei bis drei Betreuungsstunden pro Woche vorsieht, eine solche individuelle Unterstützung und Begleitung nicht ermöglichen kann.

Wir danken den TeilnehmerInnen für ihre Impuls gebenden Mitteilungen und hoffen beide, dass die EUTB- Regelungen dazu beitragen möge Unterstützung von Betroffenen zukünftig vermehrt an ihren Wünschen und Bedürfnissen auszurichten.

AG 2 Selbsthilfezeitung machen Erfolgreich mit einer betroffenenkompetenten Printzeitung sein

Referent/Leitung: Gangolf Peitz (Büro für Kultur- und Sozialarbeit Saar, Journalist verd.i)

Zeitungsarbeit. Das war Thema der AG 2 am Samstag, 12. Oktober 2019 auf der BPE-Jahrestagung in Heidelberg (DJH). Mit sieben Teilnehmenden konnten in einer angenehmen, arbeitseffizienten Gruppenstärke die grundliegenden Züge erörtert werden. Die meisten der Teilnehmer*innen brachten Mitarbeitserfahrungen von Selbsthilfezeitungen und -publikationen (wie LPEN-Nachrichten, BPE-Rundbrief, Irrturm) oder auch von Tageszeitungen mit.

Klar wurde: Ein gedrucktes Blatt ist etwas anderes als eine Internet-Publikation, erreicht auch andere Kreise. Print ist überlegter, aufwändiger, aber nicht an schnelles kurzes Schreiben und Lesen gebunden. Für die Selbsthilfe ist es wichtig, eigene qualifizierte Beiträge zu schreiben, Themen zu setzen, Selbsthilfetermine und Statements zu kommunizieren, differenziert Meinung zu äußern. Im Inhalt sachlich, ohne Generalisierungen, ohne Schwarz-Weiß-Malerei, Stimmungsmache oder Tri-

vialkritik. Argumente und realistische, positive Gegenentwürfe sowie die Trennung von Meinung und Fakten in den Beiträgen sind zielführend und punkten bei einer aufgeschlossenen, überlegten Leserschaft. Als Grundlagen können die UN-BRK, die internationale Deklaration der Menschenrechte und vorteilhaft das hinterlassene Erbe von Dorothea Buck dienen. Professionalisierte Außendarstellung der eigenen Positionen und Aktivitäten ist ein wichtiges Plus, um mit seinen Informationen, Forderungen und Argumenten besser in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden und um neue Mitstreiter zu gewinnen. Es gilt, zu überzeugen.

Als Input wurden zur Fragestellung „Medienarbeit, warum?" Antworten zur allgemeinen Bedeutung dieser und der speziellen Problemstellung für die Psychiatrieerfahrenen-Selbsthilfe zusammengetragen. Es folgte eine Medienübersicht („fremde / eigene Medien" – Was gibt es heute / Was ist alles möglich). Referiert und diskutiert wurden dann die Punkte: Juristische Grundlagen (Informations- und Pressefreiheit / Urheberrecht für Text- und Bildautouren / Impressum und Quellenangaben); Vergleich deutschsprachiger Print-Zeitschriften der PE-Selbsthilfe; Ausrüstung / Hilfsmittel; Redaktion / Recherche / Lektorat / Korrektorat; Gestaltung / Layout / Satz; Vertrieb / Verteilung; Öffentlichkeitsarbeit / Bewerbung / Vernetzung / Kooperationen; Finanzierung; AutorInnengewinnung / Publikum(sreichweite) / Leserschaftbindung und -Feedback / Arbeitsverteilung / Mitarbeitendekommunikation. Auch Kulturbeiträge wie z.B. Gedichte in periodischen Selbsthilfeblättern wurden besprochen. Die Selbsthilfezeitungsarbeit wurde konkret am Beispiel der länderübergreifenden Zeitung für seelische Gesundheit ‚SeelenLaute' dargestellt.

• Gangolf Peitz, Büro für Kultur- und Sozialarbeit Saar / gangolfpeitz@web.de

AG 3 Politische Partizipation – Anspruch und Wirklichkeit

Moderation: Jurand Daszkowski

Die von mir moderierte AG hatte zuerst acht TeilnehmerInnen und in dem zweiten Teil sechs. Die TeilnehmerInnen hatten schon überwiegend Erfahrungen in der Arbeit in politischen Gremien und/oder waren politisch interessiert.

Nach der Vorstellungsrunde wurde in der Einführung die gleichberechtigte Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben für Menschen mit Behinderungen als Bestandteil der UN-BRK kurz dargestellt.

Danach habe ich die Stufen und Vorstufen der politischen Partizipation in Anlehnung an die Arbeit von Sherry Arnstein vorgestellt. Die TeilnehmerInnen konnten danach selbst bewerten, wie sie ihre Partizipations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten im eigenen Gremium einschätzen..

Genauer wurden die Mitarbeit in einer Besuchskommission nach PsychKG, in einer trialogischen unabhängiger Beschwerdestelle, im Gemeinsamen Bundesausschuss und im Expertenrat seelische Gesundheit beim Paritätischen Hamburg besprochen.

Im Austausch und Diskussion hat sich ergeben dass es eher negative Erfahrungen gab, was Gremienarbeit betrifft.. Ein Teilnehmer hat beispielsweise erzählt dass er durch seine Arbeit in einer Besuchskommission nur geringfügig etwas aus Betroffenensicht verändern konnten und deshalb hat er nach einigen Jahren seine ehrenamtliche Tätigkeit aufgegeben.

Am Ende gab es in der AG Austausch insbesondere über die Forderungen und Wünsche was die gleichberechtigte Mitarbeit und Partizipation in den Besuchskommissionen und unabhängiger Beschwerdestellen betrifft, u.a gesetzliche Verankerung, trialogische Besetzung mit Möglichkeit der Stellvertretung, unangemeldete Kontrollen, angemessene Aufwandsentschädigung, Verpflichtungen der psychiatrischen Institutionen mit einer Beschwerdestelle zu kooperieren.

Es gab in der AG insgesamt eine sachliche und konstruktive Diskussion, die gezeigt hat, dass für uns als Betroffene weiterhin viel zu tun ist um wirkliche Partizipation und Mitbestimmung zu erreichen.

Beim Bericht der AG im Plenum gab es noch Nachfragen über Sinn der Mitwirkungsmöglichkeiten in Heim- und Wohnbeiräten und Werkstatträten, was nicht nur von mir, unabhängig von den noch oft unbefriedigenden Partizipationsmöglichkeiten in diesem Gremien, eindeutig bejaht wurde.

AG 4 Gesundheit und Ernährung

Moderation: Matthias Latteyer

Auf der diesjährigen Jahresversammlung des BPE, die vom 11. bis 13 Oktober 2019 in Heidelberg stattfand, berichte ich aus der Arbeitsgruppe Ernährung und seelische Gesundheit.

Nach der Vorstellungsrunde, war schon ersichtlich, dass viele von uns Bedarf über das Thema hatten. Die Teilnehmer kamen wegen Probleme bei Adipositas, Übersäuerung des Körpers, Absetzung von Psychopharmaka, Essgewohnheiten usw.

Wir haben zunächst über das allgemeine Essverhalten gesprochen:

Dazu gehört nicht essen wenn du keinen Hunger, oder keine Zeit hast. Also ausgeruht speisen und sich die Zeit nehmen um in Behaglichkeit und Muße zu essen.

Dazu gehört auch, dass wir uns nicht ablenken oder stören lassen, weder vom Smartphone noch TV oder anderen Dingen.

Bei dieser AG hat sich die Gruppe sehr für Nährstoffe interessiert. Die Gruppe war sich einig, das Industriell hergestellte Nahrungsmittel i.d.R. unzureichend Vitalstoffe haben, sondern durch reichlich Zucker und Fett, Konservierungsstoffe, Geschmacksverstärker und weiteren Zusatzstoffen unsere Sinne über den Mangel an notwendigen Vitalstoffen täuschen.

Es sind Nahrungsmittel die zwar sättigen, jedoch keine oder nur sehr geringe lebenswichtige Nährstoffe beinhalten. Fertigprodukte belastet den Organismus, führen zu Übersäuerungen und Nährstoffdefiziten (es mangelt oft an Spurenelementen und Vitalstoffen).

Erfreulich an der Teilnehmergruppe war, dass Sie bewusst

auf Ihre Ernährung achten wollen: natürliche, vollwertige und frische Lebensmittel, wie Rohkost, Obst, Gemüse, sowie gute kaltgepresste Öle. Gerade wenn man sich von psychischen Krankheiten befreien und Psychopharmaka absetzen möchte, ist ein genauer Blick auf die **Makronährstoffe** sinnvoll:
Grundlage der gesunden Ernährung ist die Ernährungspyramide:

wenig Zucker
hochwertige Öl e
Aminosäuren / P r o t e i n e
k o m p l e x e K o h l e n h y d r a t e
r e i c h l i c h F l ü s s i g k e i t

Im Einzelnen:
komplexe Kohlenhydrate: frisches Gemüse / Obst, Vollkorngetreide, Naturreis, Hülsenfrüchte usw.
Aminosäuren /Proteine: werden ideal aufgenommen über pflanzliches Eiweiß (Hülsenfrüchte, Getreide, Tofu, Lupinen, Samen und Nüsse), als auch über tierisches Eiweiß (Milchprodukte, Eier, Fleisch und Fisch).
Hochwertige Öle: Unser Gehirn benötigt besonders lebenswichtige *Omega-3 und Omega-6 Fettsäuren*. Das Omega-3 ist für den Aufbau der Nervenhülle, die Bildung und Funktion der Neurotransmitter (Botenstoffe) unerlässlich. Die Hauptquellen für Omega-3 Fettsäuren sind Meeresfisch, Leinsamen, Leinöl und kaltgepresstes Rapsöl.
Flüssigkeit: Wasser, Saft und ungesüßten Tee (Grüntee, Früchte- oder Kräutertee), 2-3 Liter pro Tag.

In den oben genannten Makronährstoffen sind die sogenannten **Mikronährstoffe** enthalten:
Hierzu zählen in erster Linie Vitamine (insbesondere sämtliche B Vitamine einschließlich Folsäure und C Vitamin), Mineralien (Calcium und Magnesium) und Spurenelemente (Zink, Eisen, Mangan, Kobalt, Selen). Diese sind in den höherwertigen Lebensmitteln enthalten und für die Funktion von Neurotransmitter notwendig. Häufig wird nicht beachtet, dass auch die Einnahme von Medikamenten (Antiepileptika, Antidepressiva, krampflösende Mittel etc.) die Aufnahme von Folsäure und der B-Vitamine stören. Bei Verdacht auf einen Mangel kann der Hausarzt eine entsprechende Blutuntersuchung vornehmen. ***Wir haben erkannt, dass eine bewusste Ernährung und Lebensführung einem psychisch erkranken Menschen zu mehr Lebensqualität verhelfen kann***. Dazu gehören natürliche Lebensmittel, ihre sorgfältige Zubereitung, der richtige Zeitpunkt, die Umgebung und die Zeit, die wir uns für die Mahlzeit nehmen sollten. Zum Abschluss haben wir noch ein paar Rezepte für leckere Smoothies ausgetauscht. Insgesamt war die AG sehr lebendig und jeder hat seinen Beitrag geleistet. Wer mehr Wissen möchte, dem wird das Buch „**Nährstoffe zum Überleben - Ihre Bedeutung für Körper, Seele und Geist**“ des Autors Konrad Thome, aus dem Verlag „Weg zur Gesundheit“ empfohlen.

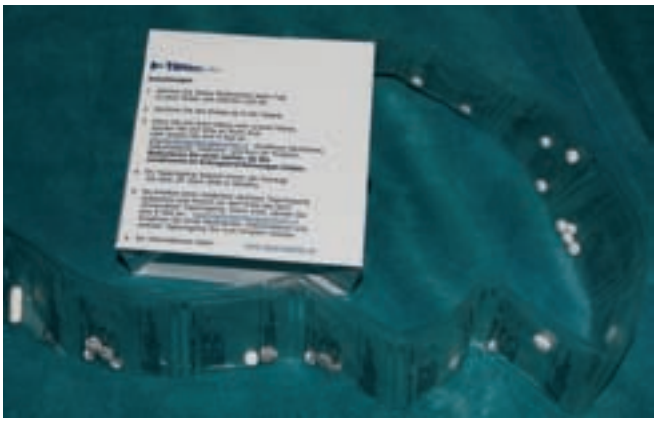
AG 5 Psychopharmaka absetzen und körperliche Unversehrtheit

Moderation: Peter Lehmann

Zusammen mit dem Moderator nahmen 16 Personen an der AG teil. Wir sprachen engagiert über Gründe für das Absetzen von Psychopharmaka – im Wesentlichen Antidepressiva und Neuroleptika. Ebenso über Maßnahmen zur Minimierung der Risiken und zum Beibehalten der Stabilität. Und die Vorsorge für den Fall neuer Krisen. Die Zeit reichte kaum.

Da die Verabreichung von Psychopharmaka ohne rechtzeitige Informationen über Risiken, Alternativen, Absetz- und Entzugsprobleme als Straftatbestand zu werten ist, besprachen wir die Aufklärungsbögen Antidepressiva und Neuroleptika aus diversen rheinland-pfälzischen Kliniken. Dort wird unter anderem auf das Risiko der körperlichen Abhängigkeit von Antidepressiva aufmerksam gemacht. Informationen stehen im Internet unter bit.do/medi-info. Die Lebenserwartung von Menschen mit ernsten psychiatrischen Diagnosen und entsprechender Behandlung ist bekanntlich um 10 bis 25 Jahre vermindert. Deshalb sind Informationen über Risiken und Schäden von Psychopharmaka, mögliche Toleranzbildung und Behandlungsresistenzen von existenziellem Interesse. Letztere, das heißt der Wirkungsverlust von Antidepressiva und Neuroleptika, gelten zudem als Indikationen für Elektroschocks (mit Stromstößen ausgelöste epileptische Anfälle). Fachinformationen von Herstellern an Ärzte, dass Psychopharmaka in der Regel innerhalb von 1-2 Wochen „schrittweise“ abgesetzt werden, bewirkten fassungsloses Kopfschütteln. Informationen hierzu stehen im Internet unter bit.do/langfeldt. Falschinformationen erhöhen Rückfallrisiken. Auch gutwillige Ärzte und Ärztinnen gehen oft viel zu schnell vor beim Absetzen. Insofern ist eine industrieunabhängige Information von großer Wichtigkeit. Wichtig ist auch eine minimal-effektive Dosierung von Antidepressiva und Neuroleptika für Betroffene, die nicht vollständig absetzen wollen oder können.

Bei längerer Psychopharmaka-Einnahme kann sich das Nervensystem verändern. Bei immer geringer werdenden Dosierungen, dem Übergang auf Null und der unmittelbaren Zeit danach kann es zu seiner Übersensibilität kommen. Wie sprachen über die Notwendigkeit, gerade am Ende des Reduktionsprozesses besonders sorgsam und vorsichtig vorzugehen. Wenn die Herstellerfirmen keine kleinen Produkteinheiten herstellen, bieten sich ärztlich verordnete Rezepturen an oder Ausschleich-



streifen. Diese wurden in den Niederlanden von Psychiatriebetroffenen und Pharmazeuten entwickelt und werden auch nach Deutschland geliefert. Informationen stehen im Internet unter www.taperingstrip.de. Da Ärzte und Ärztinnen beim selbstbestimmten Absetzen nur selten kooperieren, sondern die Betroffenen gerne im Stich lassen, betrachteten wir auch sonstige

Möglichkeiten, bedürfnisangepasste verkleinerte Dosierungen selbst herzustellen.

Um Absetz- und Entzugsprobleme zu lindern und die Gefahr von erneuten Krisen zu mindern, beschäftigten wir uns mit entsprechenden naturheilkundlichen, medizinisch-pharmakologischen, psychotherapeutischen und Selbsthilfe-Möglichkeiten. Und vor allem der Notwendigkeit, den Sinn von Krisen zu verstehen und die eigenen Verhaltensweisen zu überdenken, um nicht immer wieder in dieselben Krisen hineinzugeraten. Aufgrund unserer jeweils individuellen Geschichte, Krisenerfahrung und Lebenssituation betrachteten wir jegliche Patentrezepte als kontraproduktiv.

Menschen, die auch in – nie vollständig auszuschließenden – Krisenzeiten das eigene Selbstbestimmungsrecht weitestgehend aufrechterhalten möchten, sind Psychosoziale Vorausverfügungen empfohlen. Die vom Moderator entwickelte Patientenverfügung, die auch der BPE empfiehlt, steht im Internet unter bit.do/psychpav. Mit ihr können wir nicht nur unerwünschte Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit abwehren. Wir können für den Fall des Falles auch konstruktive Möglichkeiten der Krisenbewältigung auflisten.

AG 6 Menschenrechte in verschiedenen Kontexten

Moderation: Thomas Eissele

Es ging Um den Nutzen und Schaden von Psychotherapien.

Wir besprachen mehrere Arten von Psychotherapien unter anderem stellten wir Dami Scharff, die eine eigene Praxis für Psychotherapie hat und auf dem Gebiet der Traumaforschung arbeitet, Sie hat Ihre Praxis in Kassel. Man kann Damie Scharff auf YouTube anschauen.

Ein weiters Beispiel war Boris Grundel. Er kam durch einen Badeunfall in den Rollstuhl und wurde durch diese Schicksal zu einem bekannten Motivationstrainer, auch er kann auf YouTube gesehen werden.

Beide sind Betroffene, die aus Ihrem Schicksal zu einem guten Genesungsbegleiter wurden.

Andererseits sprachen wir auch über gefahren der Psychotherapie, z.B. bei den Sozialpsychiatrischen Diensten, wo es unter den Kollegen keine Schweigepflicht gibt und man schnell in ein falsches Bild gerückt wird. Gefährlich wird es dann, wenn Diagnosen gestellt werden die oft mehr schaden als nutzen.

Fazit. Der beste Psychotherapeut kann eigentlich nur ein guter Freund sein, wo beide viele Seiten gleich viel von einander wissen. Ein Gleichgewicht ist sehr wichtig, damit Verrat weniger möglich ist.

AG 7 „aus finsterer Nacht meine Seele erwacht“ Film und Diskussion

Moderation: Christiane Vogel

Fand statt….

AG 8 Persönliches BUDGET für die Teilhabe am Arbeitsleben

Moderation: Martina Heitmann

Erfahrungsaustausch zu dem Thema ergab folgendes:

- Auf dem persönlichem Weg der Genesung befinden wir uns auf sehr unterschiedlichen Entwicklungsstufen....
- selbst wenn wir denken, wir seien über dem Berg, kann es immer wieder zu neuen Krisen kommen.....
- Der Austausch bestätigte die Herausforderungen, auf die in meinem Infomaterial hingewiesen wurde!
- Die Umsetzung des neuen Teilhabegesetzes unterliegt den einzelnen Bundesländern, die darüber entscheiden, auf welche Art sie es verwirklichen.... Was inhaltlich zu sehr großen Interpretations-Unterschieden führt.

Zuvor hatte der bewilligende Geldgeber, bzw. der Leistungsträger, sowie die ausführenden Institutionen, wie z.B. die Behindertenwerkstätten, sozusagen die alleinige Entscheidungsgewalt.
Diese beiden Parteien handelten alles relevante zwischen einander aus. Die „behinderten Menschen“ waren entweder „gehorsam“ und ordneten sich unter, und fügten sich in die angebotenen Hilfsangebote, oder wurden als schwer vermittelbar, um nicht zu sagen als „Störenfriede““fallen gelassen“, bzw. ausgeschlossen!

- Gemäß dem neuen Teilhabegesetz sind die „Behinderten“ in einer viel besseren Position, sofern sie über ihre eigenen Rechte aufgeklärt wurden, also ihre neuen Möglichkeiten kennen, oder in diesem Sinne engagierte Integrationspartner außerhalb von festgefahrenen Institutionen, wie die Behindertenwerkstätten, finden können.

Um genau zu sein:
Es geht an vielen Orten um die Durchsetzung, da die beiden genannten Parteien über mehr Bildung, Zeit, Geld, sowie Autorität verfügen.
Denn die Behindertenwerkstätten reagieren dementsprechend:

- Sie erschaffen „Extra-Kurse“, oder Qualifikationen, die sie, in der Regel ohne Zustimmung oder Absprache mit den Behinderten, hinter deren Rücken, mit dem persönlichem Budget für Teilhabe am Arbeitsleben verrechnen!
- Die individuellen Fähigkeiten, Träume, Wünsche und Visionen der Behinderten können scheinbar in der großen

Menschenmenge, die durch die großen Einrichtungen geht, nicht wirklich im einzelnen berücksichtigt werden, so wie es das persönliche Budget für die Teilhabe am Arbeitsleben vorsieht.

- Aus diesen Gründen sollten sich Menschen, die sich bereits in einer Einrichtung befinden, lieber außerhalb der Behinderteneinrichtung, eine möglichst unabhängige Integrationsberatung suchen.

So klagte in unserem Arbeitskreis 1 Teilnehmerin aus einer Behinderteneinrichtung, über psychischen und verbalen Missbrauch, sowie über körperliche Gewalt!
Ihr Widerstand und ihre Wut, die ihr halfen zu überleben, führten zu Diskriminierungen und dem kompletten Ausschluss aus den örtlichen Förderungsprogrammen.
Sie wird somit als nicht vermittelbar geführt.
Die schwarze Pädagogik scheint in Deutschland noch nicht ausgestorben zu sein.

- Mit ähnlichen Schwierigkeiten kämpft ein weiterer Teilnehmer unseres Arbeitskreises, der nach einer Schulbegleitung sucht.
- Eine andere Teilnehmerin leitete, nach Bewältigung ihrer eigenen Lebenskrise, 20ig Jahre lang erfolgreich und ehrenamtlich eine Selbsthilfegruppe.
  Da ihr Ehrenamt scheinbar keinen großen Schutz genoss, oder zu wenig Unterstützung, musste sie, nach einer erneuten Lebenskrise, ihr Ehrenamt niederlegen.
  (Anmerkung: In manchen Bundesländern werden Ehrenämter besonders unterstützt, gefördert und begleitet.
  Schnelles juristisches Eingreifen hätte ihr, bei dem Auslöser ihrer Krise, sicher viel Kummer erspart.
  In manchen Bundesländern erhalten Ehrenämtler für ihr persönliches Engagement hochwertige Gutscheine:
  Z.B. für öffentliche Verkehrsmittel, Schwimmbäder, Sport und Gesundheit, sowie für Bildung !)

Eine weitere Teilnehmerin engagiert sich als Genesungshelferin, & konnte viele informative Beratungsstellen in ihrem Wirkungskreis benennen.

Interessanter Weise hatten wir auch einen Teilnehmer, der trotz Harz IV studieren durfte, & über sein persönliches Budget einiges selbst ausgewähltes finanzieren konnte. Z.B.zu der 1/2 stündigen, professionellen Begleitung (von einer Beratungsstelle), zusätzlich noch wöchentlicher Kampfsport, sowie einen unterstützenden Studenten für den wöchentlichen Papierkrieg.

Voraussetzung für die Finanzierung eines Studiums über Harz IV, ist ein formelles Teilzeitstudium, mit nicht mehr als 20ig Stunden wöchentlich.

Offiziell muss diese Person aber gleichzeitig dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, was bei Harz IV - Empfängern, die sich weiter bilden möchten, schon immer 1 Problem war, & auch nicht dem neuen Teilhabegesetz am Arbeitsleben entspricht. Es wäre interessant zu sehen, ob sich die Studienbedingungen dieser Person verändern werden, wenn Harz IV offiziell von dem neuen, deutschen Teilhabegesetz abgelöst wird.

*Die Chance, trotz Harz IV & „psychischer Behinderung“ studieren zu können, hat viele Verbandsmitglieder interessiert!

- Achtung: Der Gesetzgeber plant scheinbar nach Möglichkeit alle Behinderteneinrichtungen abzuschaffen, was andererseits zu 1 unguten Extrem führen könnte. Siehe z.B., wie das neue Integrationsgesetz dafür herhalten musste, dass fast alle Sonderschulen abgeschafft wurden, was für viele schwer behinderte Menschen, die dem normalen Unterricht nicht folgen können, nicht unbedingt vorteilhaft ist. (Die Überlastung von Grundschullehrern, durch Multikulturelle Sprachprobleme, sowie ungeahnte Möglichkeiten von Behinderungen, hat zu einem Lehrermangel auf Grundschulen geführt.)

AG 9 Soziodynamische Spiele

Moderation: Christine Pürschel

Neben bekannten Namen und anderen schönen Themenangeboten sind die Chancen, Teilnehmer für körperliche Begegnungen in einer Gruppe mit anderen Teilnehmern für sich wichtig anzusehen, recht klein. Dazu muss die Unsicherheit, „was soll da mit mir geschehen,“ überwunden werden. Ablaufmäßig hatten wir die Vormittagsstunden mit auf den Nachmittag gelegt, um ausreichend Zeit für Vorstellung, Erklärung/Vorbereitung auf die Aktionen zu haben.

Die Aktionen bezogen sich auf die Themen:

- Aufmerksamkeit auf die Abläufe in einer Gruppe,
- Körperliche Signale verstehen und weiter geben,
- Verschiedene Verbundenheiten gegenüber dem Nächsten ausdrücken,
- Verlässlichkeit und Vertrauen.

In all den Ausführungen war der Slogan Achtsamkeit immer dabei. Nicht gerade ausgeprägt war die Gruppendynamik durch die kleine Anzahl der Teilnehmer.

AG 10 Was heißt es, auf den spirituellen Weg zu sein?

Moderation: Claus Wefing

Ein Spiritueller Weg, was ist das überhaupt?

Nun, ich verstehe darunter, auf einen Weg zu sein, wobei mich die ‚Sehnsucht „zieht“.

Diese Sehnsucht ist einfach gesagt, erfüllt wenn ich voll da bin im hier und jetzt und das, tue was da gerade ansteht. Das kann auch Kartoffeln schälen sein. Doch erst muss ich mich leer machen von meinen (Vor) Urteilen, Meinungen, Anschauungen, Neigungen, Wünschen und Trieben, Emotionen und Gedanken und was weiß ich noch was. Dafür kann ich zumindest etwas tun. Oder besser gesagt, nicht tun. Ich lasse einfach. Ich lasse einfach alles, wie es ist und hafte nicht daran.

Dazu ist es hilfreich, seinen Geist zur Ruhe zu bringen. Das könnte die Praxis der Meditation bewirken. Oder einfach angenehmer gesunder Sport. Der Dalai-Lama rezitiert Mantren auf seinem Laufband.

Ein spiritueller Weg ist einfach das Leben und geht man ihn bewusster, achtsamer und mit mehr Empathie, es öffnen sich Pfade, auf den Weg, da kann man dann nur von einer großen Gnade erfüllt sein und ein großes Staunen für diese Möglichkeiten danken. Dankbarkeit ist ein schönes Gefühl, ebenso Mitgefühl.

Da gehe besser diesen Weg nicht allein. Suche dir einen Lehrer oder Lehrerin, mit einer Gruppe die auf den Weg schon weiter ist als du.
Denke mal über dich nach am Anfang. Ist das alles stimmig und im Reinen, was du tust oder nicht tust? Wie stellst du dir dein Leben vor? Was willst du auf dieser Erde Gutes tun? Ist das realistisch?

Woran solltest du noch an dir arbeiten? Diese Arbeit wird nie vergehen, übrigens 😉

Bericht zum Vortrag Krisendienst in Bayern

Von Rudolf Starzengruber

In meinem Vortrag möchte ich einen Einblick in den Krisendienst Oberbayern von der Idee zur Umsetzung, eine Zwischenbilanz nach vier Jahren Praxis und einen Ausblick auf die Ausweitung für ganz Bayern bieten.

Der Freistaat Bayern ist in 7 Bezirke aufgeteilt, wobei der Bezirk Oberbayern flächenmäßig der größte ist und auch die meisten Einwohner hat.

Am 17.06.2015 stimmte der Sozial- und Gesundheitsausschuss der flächendeckenden Einführung des psychiatrischen Krisendienstes in Oberbayern zu.

Ziele des Projektes waren, ein für alle Bürger schnell verfügbares, niederschwelliges und gut funktionierendes Kriseninterventionssystem aufzubauen und dazu möglichst viele verschiedene Träger zu einem riesigen Netzwerk zu vereinen.

Die Umsetzung erfolgte in den 4 Versorgungsregionen gestaffelt.

Es gibt eine Leitstelle, die die Anrufe der Ratsuchenden entgegen nimmt.

In diesem Telefonat kann die akute Krisensituation oft schon gemildert oder geklärt werden, zumindest so weit bis für die betroffene Person die Möglichkeit besteht ambulante Hilfe aufzusuchen und zu erhalten.

Die Leitstelle ist 24 Stunden jeden Tag der Woche erreichbar.

Wenn eine telefonische Klärung nicht ausreichend ist, erfolgt eine aufsuchende Beratung durch ein Kriseninterventionsteam aus dem jeweiligen Landkreis des Betroffenen zu Hause.

Für jeden Landkreis besteht ein Kriseninterventionsteam, das mit zwei Personen besetzt sind.

In diesen Teams sind Psychologen, Psychotherapeuten, Sozialpädagogen, Fachpflegekräfte … tätig.

Die Krisenteams sind von 9 bis 21 Uhr täglich verfügbar.

Ein Ausbau auf 24 Stunden täglich ist geplant.

Die Psychiatrischen Institutsambulanzen (PIAs) der kbo-Kliniken im Bezirk Oberbayern sind vertraglich in das Krisennetzwerk dort eingebunden.

Durch den Einsatz der Kriseninterventionsteams konnte die Zahl der Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken auf ein Minimum (unter 1 % aller Einsätze) gesenkt werden.

Wenn allerdings statt des Krisendienstes der allgemeine ärztliche Bereitschaftsdienst angerufen wird, ist die Zahl der Zwangseinweisungen unverändert hoch. Der Grund dafür ist, dass sich Allgemeinärzte oft unsicher im Umgang mit psychischen Krisen sind, dann lieber die Polizei hinzuziehen und der Betroffene damit zwangseingewiesen wird.

Die Zahl der Anrufe in der Leitstelle des Krisendienstes Oberbayern lag 2018 durchschnittlich bei 2000 im Monat.

Ca. 70 % aller Anrufe konnten direkt mit der Leitstelle geklärt werden, in ca. 20 % kam das Kriseninterventionsteam zum Einsatz, in ca. 5 % erfolgte eine direkte Vermittlung zu Netzwerkpartnern.

Der Krisendienst wird seit Beginn im Internet und mit mehreren hunderttausend Flyern und Plakaten bekannt gemacht und beworben.

Es erfolgt weiterhin intensive Öffentlichkeitsarbeit um alle Bürger/innen in Oberbayern zu erreichen, unter anderem eine Kampagne der Münchner Verkehrsgesellschaft zur Suizidprävention in Zusammenarbeit mit dem Krisendienst.

Um die Wirksamkeit des Krisendienstes noch zu steigern werden die Wirkfaktoren in den Regionen evaluiert und analysiert.
Niedergelassene Fachärzte und Krankenkassen sollen eingebunden werden.
Die Abläufe und Prozesse der Krisenintervention werden ständig optimiert und angepasst.
Es wurde eine Kooperationsvereinbarung mit den oberbayerischen Polizeipräsidien geschlossen, in der eine verbesserte verbindliche Zusammenarbeit festgelegt ist. Die Polizei bezieht bei Krisensituationen den Krisendienst mit ein. Auch damit können Zwangseinweisungen vermieden werden.

Mit der Einführung des Bayerischen Psychisch Kranken Hilfe Gesetzes ist der Ausbau des Krisendienstes in allen Bayerischen Bezirken flächendeckend geplant.
Das Modell des Krisendienstes im Gesetz orientiert sich am oberbayerischen Konzept.

Abschließend noch einige Schlagworte zum Krisendienst:

Fühlen Sie sich leer?
Kommen Sie da alleine nicht mehr raus?
Haben Sie keine Hoffnung mehr?
Verlieren Sie den Boden unter den Füßen?

Wir sind für Sie da!

Krisendienst Psychiatrie Oberbayern

Auf jeden Fall steht fest:

„Wer die Nummer des Krisendienstes wählt, hat schon gewonnen“

Rezension

Argeo Bämayr: Das Mobbingsyndrom – Diagnostik, Therapie und Begutachtung im Kontext zur in Deutschland ubiquitär praktizierten psychischen Gewalt

Im Gegensatz zu Frankreich oder Schweden ist Mobbing in Deutschland nicht strafbar, obwohl – oder weil? – ubiquitär, das heißt überall praktiziert. Mobbing, so der Autor, »liegt vor, wenn im Rahmen einer Täter-Opfer-Konstellation innerhalb einer sozialen Gemeinschaft oder einem Abhängigkeitsverhältnis Täter mittels einer individuell praktizierten psychischen und/oder körperlichen Gewalt systematisch und willkürlich die Persönlichkeitsrechte eines Opfers so verletzen, dass das Opfer, psychosozial destabilisiert, einen zunehmenden gesundheitlichen und sozialen Schaden erleidet.« Die Opfer werden meist alleingelassen. Reagieren sie mit Krankheitssymptomen auf die ihnen widerfahrene psychische Gewalt in Form von Mobbing, gibt es weder eine Krankheitsdiagnose für diesen Symptomenkomplex noch angemessene psychotherapeutische und parteiliche Hilfen. Durch Unverständnis und Willkürakte der Obrigkeit und von Krankenkassen, die im Krankheitsfall zum Feind der Betroffenen werden, sowie Jobcentern und Arbeitsgerichte, die – ebenfalls machtorientiert und ebenfalls mit Anspruch auf absolute Deutungshoheit – meist im Sinne machtausübender Mobber agieren, wird das Leid der Gemobbten meist potenziert und chronifiziert, wenn sie nicht gar in den Suizid getrieben werden.

Gegen dieses Unrecht schreibt Argeo Bämayr an. Bis 2008 arbeitete er als niedergelassener Nervenarzt und Psychotherapeut in Coburg mit der Schwerpunktbehandlung von Mobbingopfern. Er beschreibt die psychische Gewalt in Form von Mobbing und entwickelt eine sinnvolle Diagnostik für dessen gesundheitliche Folgen, die die verschiedenen Phasen des Leidensprozesses in differenzierter Weise erfasst und dadurch ein vereinheitlichtes Vorgehen für Therapeuten, Gutachter und die Justiz erlaubt. Gleichzeitig zeigt er Fehl- und Differentialdiagnosen auf, um den Blick auf die Symptomatik zu schärfen. Anschließend legt er die Fallstricke bloß, die Krankenkassen und ihre Krankengeldfallmanager auslegen, um Mobbingopfer um ihren Anspruch auf Krankengeld und eine angemessene Therapie zu bringen, wodurch der Mobbingprozess noch verschärft wird, bis die Betroffenen zu Hartz-IV-Empfängern, Frührentnern und (häufig) Psychiatriepatienten werden und demoralisiert aufgeben.

Als Therapie nötig, so Bämayr, sei eine – durch geltende Psychotherapierichtlinien jedoch untersagte – Kombination aus nichtdirigistischer Verhaltenstherapie mit bedarfsweiser Einflechtung tiefenpsychologischer Verfahrenstechniken in Verbindung mit einer in der Psychotherapie unüblichen parteilichen Unterstützung. Und er beschreibt, wie sie sich zur Wehr gegen die strukturelle Gewalt von Krankenkassen setzen können und wie eine Begutachtung mobbingbedingter Krankheiten nach Einführung der Diagnose »Mobbingsyndrom« eine Vielzahl der rechtlichen Auseinandersetzungen zwischen Gemobbten und Sozialversicherungsträgern reduzieren würde.

Ein hoch empfehlenswertes, logisch aufgebautes und leicht verstehbares Buch für Betroffene, Ärzte, Therapeuten und Richter mit dem Appell, psychische Gewalt genauso wie körperliche Gewalt zu sanktionieren und den Opfern therapeutische Hilfe und juristische Unterstützung beim Widerstand gegen Mobbing bzw. Entschädigung bei erlittener psychischer Gewalt in Form von Mobbing zukommen zu lassen. Bämayrs Aussagen lassen sich übrigens leicht übertragen auf Mobbing, das offenbar auch in Vereinen von Psychiatriebetroffenen wie beispielsweise dem Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener stattfindet.

Gebunden, 282 Seiten, 9 Tabellen, ISBN 978-3-89966-514-7. Bochum: Europäischer Universitätsverlag / Bochumer Universitätsverlag 2012. € 29.–

Peter Lehmann

Mit großer Sorge wenden sich die Landesorganisationen NRW, Hessen und Berlin mit diesem Offenen Brief an die BPE-Mitgliederversammlung 2019 in Heidelberg

Wohin geht der BPE?

Der BPE soll inhaltlich umgedreht werden!

a) Der BPE-Vorstand hat sich von der PatVerfue mit Nina Hagen distanziert. Angeblich um eine bessere eigene Patientenverfügung zu machen.
b) Der BPE-Vorstand nimmt an der Mental Health Surveillance (= Überwachung der seelischen Gesundheit) teil. Überwachungsprogramme gegen Psychiatrie-Erfahrene!
c) Martina fordert in der Tageszeitung WELT am 10.9.19 mehr Personal für die Psychiatrie. „Das Personal in der Psychiatrie ist am Limit“ verkündet sie als BPE Vorstandsmitglied. Unsere Wahrnehmung als Psychiatrie-Erfahrene ist, dass das Personal große Teile seiner Arbeitszeit im Dienstraum, oft auch hinter verschlossener Tür, verbringt. Im Gegensatz zum Personal anderer Krankenhausstationen, das ständig über die Flure rennt um das Nötigste geschafft zu kriegen.

Kämpfe gegeneinander rauben Kräfte – nur gemeinsam sind wir stark

a) Das Verhältnis von Martina Heland-Graef zu den im EUTB-Projekt angestellten Martin Lindheimer und Matthias Seibt ist dauerhaft schlecht. Sie nutzt ihre Position als Personalverantwortliche aus und hat sich per Beschluss gesichert, Dienstanweisungen ohne den Vorstand erteilen zu können.
b) Das Vorstandsmitglied Karla Keiner wurde aus fadenscheinigen Gründen aus dem BPE ausgeschlossen. Ein Vereinsausschluss ist nämlich die einzige Möglichkeit, jemanden aus dem Vorstand zu entfernen.
c) Über das Vorstandsmitglied Kristina Dernbach wurden hässliche Gerüchte in die Welt gesetzt.
d) Das Verhältnis zu mindestens 3 Landesorganisationen ist beschädigt.

Vorstandsmitglieder haben ein falsches Verständnis von Barrierefreiheit

Psychiatrie-Erfahrene haben andere Barrieren als Körperbehinderte. Das kann eine geringere Belastbarkeit, Verletzlichkeit oder Armut sein. Wie gingen nun einige Vorstandsmitglieder mit Kristinas Barrieren oder Karlas Schreibschwäche um?
Warum müssen neuerdings ehemalige Mitglieder, die Beitragsschulden haben, erst ihre Schulden bezahlen, bevor sie wieder Mitglied im BPE werden dürfen?
Wenn es Konflikte gibt, muss man miteinander reden. Ein Mitglied des Bundesvorstands, das mit Matthias und Martin redete, wurde im Bundesvorstand von Martina und Vicky (stellvertretende Personalverantwortliche) massiv getadelt. Sie seien fürs Personal verantwortlich, niemand sonst.

Wer ist die treibende Kraft dahinter?

Martina versucht den Verband um zu krempeln. Ihre Hauptunterstützerin ist Vicky Pullen.
Spätestens wenn die ehemalige Psychiatrie-Krankenschwester Martina das ehemalige Heimkind Karla aus dem Verband ausschließen will, schrillen bei uns alle Alarmglocken.

Was fordern wir?

1. Eine neutrale Versammlungsleitung für die Mitgliederversammlung (MV)
2. Änderung der Tagesordnung der MV
3. TOP 3a soll Widerspruch Ausschluss Karla Keiner sein
4. TOP 8a soll Diskussion Rolle Martina Heland-Graef sein
5. TOP 10a soll Abwahl von Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands sein

Was meinen wir zu den Anträgen des Vorstands?

Das **Vetorecht** muss bleiben. Das Vetorecht in der Satzung hat den Zweck, dass auch abweichende Meinungen innerhalb des Bundesvorstands in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden. Es erzwingt einen freundlichen Umgang mit Außenseitern im Bundesvorstand. Wer ständig schlecht behandelt wird, legt eher ein Veto ein.
Die Landesorganisationen entscheiden als rechtlich selbständige Organisationen, wen sie als Ländervertreter entsenden. **Ländervertreter** sind Delegierte der Landesverbände und keine Marionetten des geschäftsführenden Vorstands.

Unser eigener Antrag lautet

Die Vorstandssitzungen sind für Mitglieder öffentlich, die sie sich spätestens 1 Woche vorher anmelden. Vorstandssitzungen sind 3 Wochen vorher auf der BPE-Homepage anzukündigen.
Zur besseren Lesbarkeit ist in diesem Text die männliche Form verwendet.
https://www.welt.de/print/welt_kompakt/print_politik/article199994660/Personal-in-der-Psychiatrie-ist-am-Limit.html

Vorstand des LPE NRW (Matthias Seibt, Sabine Wolfrum, Doris Thelen, Claus Wefing, Martin Lindheimer). Erweiterter Vorstand von BOPP (Berlin). Vorstand des LvPE Hessen. Tanja Afflerbach, Aygül Arslan, Thomas Austermann, Julia Benz, Kristina Dernbach, Leilani Engel, Thomas Eissele, Milena Franke, Felix Henneberg, Werner Kämmerer, Karla Keiner, Cornelius Kunst, Gudrun Lienig, Helga Mann, Eva Mayeres, Michaela Mayeres, Jan Michaelis, Günther Pfeil, Damian Reron, Christiane Rösler, Alexandra Schoenwald,

Wir unterstützen die Forderungen und den Antrag. LPE Niedersachsen e.V. (für den Vorstand Maria Matzel, Sonja La, Christoph von Seckendorff, Lorenz Tiedemann, Norbert Arndt).

Es sollen weitere Selbsthilfegruppen und Einzelpersonen unterschreiben

Protokoll der BPE-Mitgliederversammlung vom 12.10.2019

Die Versammlung beginnt um 17:15 Uhr in der Jugendherberge Heidelberg. Es wurde ordnungsgemäß und fristgerecht zur Mitgliederversammlung eingeladen. Es sind 73 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 1: Begrüßung
Felix Henneberg begrüßt die Mitglieder und Gäste zur 27. Mitgliederversammlung.

TOP 2: Wahl der Versammlungsleitung und der Protokollanten
Anke Korsch und Felix Henneberg wurden zuvor vom Vorstand als Versammlungsleitung vorgeschlagen. Über eine Wahl von Felix Henneberg gibt es seitens einiger Stimmen aus der Mitgliederversammlung wegen seiner Unterzeichnung des offenen Briefs Zweifel an seiner Objektivität. Jurand Daszkowski stellt den Antrag, Elena D. und Anke Korsch als Versammlungsleitung zu wählen. Claus Wefing stellt den Antrag, wie geplant Felix Henneberg und Anke Korsch zu wählen. Bei der Abstimmung erhalten Anke Korsch und Felix Henneberg 35 Stimmen und Elena D. und Anke Korsch erhalten 19 Stimmen. Somit sind Anke Korsch und Felix Henneberg als Versammlungsleitung gewählt.
Juli Benz und Annette C. werden einstimmig als Protokollantinnen gewählt.

TOP 3: Regularien (Genehmigung von Tagesordnung und Geschäftsordnung, Wahl der Zählkommission)
Für die Zählkommission werden Doris Steenken und Odette D. bei einer Enthaltung gewählt.
Es liegen mehrere Anträge vor, die noch in die Tagesordnung aufgenommen werden sollen. Es sind Anträge von Juli Benz, aus dem offenen Brief des LPE NRW (Widerspruch Ausschluss Karla Keiner, Diskussion Rolle Martina Heland-Graef, Abwahl von Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands, Widerspruch zum Vetoantrag des Vorstands), von Gangolf Peitz.
Felix Henneberg schlägt vor, zunächst über die bisherige Tagesordnung und dann über die Aufnahme der Anträge in die Tagesordnung abzustimmen. Die Tagesordnung wird bei zwei Nein-Stimmen angenommen. Es kommt zu einer ausgiebigen Diskussion darüber, wie mit den oben genannten Anträgen verfahren werden soll, da die vorgeschlagene Vorgehensweise doch unklar bleibt. Angemerkt wurde, ob die Anträge Beachtung finden können, ob sie form- und fristgerecht gestellt wurden, was jedoch der Fall war. Felix Henneberg schlägt vor, den Widerspruch zum Ausschluss Karla Keiners auf Punkt 1 zu setzen. Danach solle eine Kurzvorstellung der anderen Anträge erfolgen. Dieser Vorschlag wird mit 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen.
Zunächst wird der Widerspruch des Ausschluss Karla Keiners diskutiert. Karla Keiner legt ein Veto gegen ihren Ausschluss ein. Die Abwahl durch den Vorstand sei nicht korrekt gewesen, die Mitgliederversammlung wäre dafür zuständig. Kristina Dernbach entgegnet, es sei keine Abwahl, sondern ein Ausschluss. Sie wurde als Mitglied ausgeschlossen, um sie aus dem Vorstand zu entfernen. Kristina Dernbach hätte dem Ausschluss nicht zugestimmt. Martin Lindheimer zitiert aus der Satzung, wonach ein Ausschluss nur bei Zuwiderhandlung gegen die Zwecke des Verbandes erfolge (§2 Zweck und Ziele). Dies sei bei Karla Keiner aber nicht ersichtlich gewesen. Claus Wefing übermittelt eine Nachricht von Ruth Fricke, die aus gesundheitlichen Gründen nicht anwesend ist, wonach es verschiedene Strömungen im Verein gebe, die weiterhin zusammenarbeiten sollten. Seiner Vermutung nach wäre sie mit einem Ausschluss nicht einverstanden. Nach Aufforderung durch Claus Wefing äußert sich Vicky Pullen zu den Gründen des Vorstands für Karla Keiners Ausschluss. Abrechnungen von Karla Keiner in Höhe von 2.500,00 € aus den letzten 3 Jahren seien nicht korrekt, getätigte Ausgaben seien nicht genehmigt gewesen. Eine konstruktive Kommunikation sei mit Karla Keiner nicht mehr möglich. Karla Keiner entgegnet, die Vorwürfe stimmten nicht, sie hätte Widersprüche eingelegt. Sie hätte Dokumente, die das beweisen. Sie räume ein, dass manche Äußerungen von ihr nicht gut gewesen wären.
Es erfolgt die Abstimmung über den Ausschluss Karla Keiners aus dem Verein. Der Antrag über den Ausschluss wird bei 4 Ja-Stimmen, 23 Enthaltungen und 33 Nein-Stimmen abgelehnt. Dem Widerspruch ist stattgegeben. Karla Keiner bleibt Mitglied im Verein und Mitglied des geschäftsführenden Vorstands. Es wird die Möglichkeit erwähnt, Karla Keiner könne von sich aus aus dem Vorstand zurücktreten. Weiterhin wird der Vorschlag vorgebracht, die Vorhaltungen genau zu prüfen.

Es wird eine Pause von 18:15 Uhr bis 19:16 Uhr eingelegt.

Aus der Mitgliederversammlung kommt die Bitte, die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands mögen sich persönlich vorstellen und kurz ihre Tätigkeitsfelder erläutern. Dieser Bitte wird nachgegangen. Die Vorstandsmitglieder stellen sich vor und äußern sich kurz zu ihren Aufgaben.
Zwei Personen stellen einen Antrag auf Mitgliedschaft im BPE. Somit sind nunmehr 75 Stimmberechtigte anwesend.
Die weiteren Anträge werden vorgestellt. Juli Benz stellt den Antrag auf eine Abstimmung über die Übernahme der Forensik AG. Diese soll weitergehen, das Budget wie bisher bei 1.000,00 € beantragt werden. Es wurde ihr nicht ermöglicht, sich zu einem weiteren Antrag, über die BPE-Position zu dem Bündnis „Mehr Personal in der Psychiatrie“ abzustimmen, abschließend zu äußern.
Gangolf Peitz stellt vier Anträge. Erstens soll es zur Gewährleistung von Qualität und Mehrseitigkeit der Beiträge der folgenden Jahrestagungen klare Kriterien für die ReferentInnenbewerbung geben. Zweitens soll ein Auftrag für die Neugestaltung und Herstellung eines attraktiven, zeitgemäßen BPE-Flyers mit integriertem Mitgliedschaftsantrag ausgeschrieben werden (empfohlenes Budget: 1.500,00 €). Drittens soll ein Auftrag für einen Relaunch der BPE-Website intern im nächsten BPE-Rundbrief ausgeschrieben werden (empfohlenes Budget: 3.000,00 €). Der Webmasterjob (Redaktion / Betreuung) soll aber bei Peter Lehmann verbleiben. Viertens wird ein Antrag auf Einrichtung einer Stelle eines themengebundenen BPE-Medienreferenten gestellt (empfohlenes Budget: 300,00 € Honorarjob). Wichtig sei eine Professionalisierung und Stärkung der Außendarstellung der BPE-Positionen, um besser wahrgenommen zu werden.

Die anschließende Diskussion über den letztgenannten Teilantrag schwenkt sehr bald um in eine Diskussion über eine Neubesetzung / Ergänzung der Rundbrief-Redaktion. Der Rundbrief sei etwas unübersichtlich, er könnte etwas kreativer gestaltet werden. Leilani Engel und Gabor K. sind an einer gemeinsamen Arbeit am Rundbrief interessiert. Es werden aber auch Bedenken geäußert, den langjährigen Rundbrief-Redakteur abzuwählen. Matthias Seibt weist darauf hin, dass die Mitgliederversammlung den Rundbrief-Redakteur bestimmen muss. Martina Heland-Graef entgegnet, die Stelle müsse ausgeschrieben werden, damit auch nichtreisefähige Personen eine Chance haben. An dieser Stelle möchte Felix Henneberg mit TOP 4 (Bericht des Vorstandes) weitermachen. Er wird jedoch von Matthias Seibt darauf hingewiesen, mit der Tagesordnung, so wie sie beschlossen ist, fortzufahren. Die Diskussion über eine mögliche Neubesetzung der Rundbrief-Redaktion wird wieder aufgenommen. Jasna Russo fragt, wer letztendlich über die Einstellung entscheidet. Nach mehreren Anträgen über die weitere Vorgehensweise mit der Tagesordnung, erfolgt von Doris Steenken ein Antrag auf Schließung der Diskussion. Dieser wird mit 30 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen angenommen.
Matthias Seibt hält eine Gegenrede zum Antrag des Vorstands auf Satzungsänderung zum Vetorecht.
Martin Lindheimer stellt einen Antrag auf Änderung der Versammlungsleitung, Doris Steenken solle die Aufgabe von Felix Henneberg übernehmen. Über diesen Antrag wird nicht abgestimmt, Felix Henneberg bleibt Versammlungsleiter.
Matthias Seibt stellt kurz die beiden verbliebenen Anträge aus dem offenen Brief vor (Diskussion Rolle Martina Heland-Graef, Abwahl von Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands). Zudem weist er darauf hin, mit der Tagesordnung weiterzumachen.

Es wird eine Gedenkminute für die Mitglieder eingelegt, die seit der letzten Versammlung verstorben sind.

Es wird eine kurze Pause von 20:00 Uhr bis 20:08 Uhr eingelegt.

TOP 4: Bericht des Vorstandes
Es wird darauf hingewiesen, dass der Bericht des Vorstands schriftlich vorliegt.

TOP 5: Bericht der Geschäftsstelle / EUTB-Beratungsstelle
Martin Lindheimer weist darauf hin, der Bericht der EUTB-Beratungsstelle liege im Rundbrief und in der Tagungsmappe schriftlich vor. Matthias Seibt berichtet von Beispielen aus seiner EUTB-Beratungspraxis. Nach einer Diskussion über den nicht vorhandenen Treppenlift in der Anlaufstelle in Bochum, erfolgt ein Antrag zur Geschäftsordnung von Doris Steenken, die Diskussion in TOP 8 (Aussprache zu den Berichten) zu verschieben und stattdessen mit der Tagesordnung weiter zu machen.

TOP 6: Kassenbericht
Harald Knauer stellt den Kassenbericht vor. Aus dem Förderverein gebe es keine Einnahmen für den BPE. Claus Wefing stellt die Frage, ob die Vorstandsmitglieder korrekt abgerechnet hätten. Harald Knauer bejaht diese. Es sei gelungen, die Einnahmen und Ausgaben gut auszubalancieren.
Es wird gefragt, welche Aufgaben Harald Knauer hat und aus welchen Mitteln er bezahlt wird und inwieweit EUTB-Mittel für ihn verwendet werden. Er ist seit 4 Jahren als Buchhalter für den BPE und den LPE angestellt, wobei er seine Arbeit für den LPE im Dezember 2018 nach Konflikten beendet hat. Auf Fragen nach den Hintergründen, verweist er darauf, er sei verpflichtet, über die Kasse zu berichten, nicht über Inhalte. Diese Fragen müssten an den Vorstand gerichtet werden. Derzeit übernimmt er zusätzlich einige Aufgaben von Anne Murnau, die längerfristig erkrankt ist. Für die Kassenführung beim EUTB-Projekt erhält er 700,00 €.

TOP 7: Bericht der Kassenprüfer
Die Kasse wurde von Günther Pfeil und Annette C. geprüft. Günther Pfeil hat die Prüfung in Vertretung für Lutz Zywicki übernommen. Es wurden Stichproben überprüft. Die Kasse werde sorgfältig geführt und sei gut strukturiert. Es werde die Entlastung des Vorstandes empfohlen.

Aus Rücksicht auf Harald Knauers Befindlichkeit wird TOP 9 (Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2020) vorgezogen.

TOP 9: Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2020
Der Partizipationsfond ist noch nicht im Haushaltsplan enthalten, da noch nichts Schriftliches dazu vorliegt. Kristina Dernbach stellt den Antrag, bei ihrem Projekt „Suizidalität und Selbsthilfe“ höhere Einnahmen (25.000,00 €) und Ausgaben (28.000,00 €) in den Haushaltsplan aufzunehmen, da mit deutlich höheren Fördermitteln für das Folgeprojekt zu rechnen sei. Harald Knauer erläutert, warum er diese Vorgehensweise für nicht so sinnvoll halte.
Der Haushaltsplan für das Jahr 2020 wird bei 42 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und 11 Enthaltungen angenommen.

TOP 8: Aussprache zu den Berichten
Es wird nach der Beteiligung an der Tagung des DGPPN gefragt. Jurand Daszkowski war an einem Tag bei der Tagung des DGPPN dabei. Zudem beteiligt er sich an der Erarbeitung der S3-Leitlinien und ist im Personalgremium tätig. Weiterhin vertritt er Ruth Fricke im Gremium für trialogische Forderung und im Aktionsbündnis Seelische Gesundheit. Der BPE erhielt vom DGPPN eine Spende in Höhe von 1.000,00 € für trialogische Zwecke. Die Höhe der Mitgliederzahl des BPE wird erfragt. Sie liegt derzeit bei 1.005 Mitgliedern. Mit dem Partizipationsfond ist es möglich, Assistenzleistungen für Vorstandsmitglieder, die Pflegebedarf haben, einzukaufen. Es wird gefragt, warum Altschulden beglichen werden müssen, um wieder BPE-Mitglied werden zu können. Es wird darüber diskutiert, ob es sinnvoll ist, mit Psychiatrieverbünden in Gremien zusammen zu arbeiten. Außerdem wird die Verteilung der Gremientätigkeit innerhalb des Vorstandes kritisiert.

TOP 8a: Diskussion Rolle Martina Heland-Graef
Im Vorfeld der Mitgliederversammlung wurden von den Landesverbänden NRW, Hessen und Ber-lin ein offener Brief sowie ein weiteres Schriftstück vom LPE NRW an die Mitglieder verteilt. Darin werden vor allem verschiedene Probleme ange-

führt, die mit Martina Heland-Graefs Rolle im Vorstand und als Personalverantwortliche aufgetaucht sind.
Es gebe Probleme mit ihr in der Chefrolle im Vorstand und auch im bayerischen Landesverband. Sie würde zudem Leute vergraulen. Es gebe Probleme mit ihrem Auftreten, ihrem unterschiedlichen Verhalten dem Personal gegenüber. Sie würde Gerüchte verbreiten und hätte abwertende Mails geschrieben. Andererseits gibt es neben einer kritischen Stimme auch gegenteilige Äußerungen aus dem bayerischen Landesverband, die Vorwürfe seien nicht richtig. Sie leiste außerdem gute Arbeit. Es werden aber auch Bedenken über die Auswirkungen dieser Auseinandersetzungen auf den Verband geäußert. Es wird vor der Verbreitung von Gerüchten gewarnt. Martina Heland-Graef äußert sich zu den Vorhaltungen. Sie wolle ihre Arbeit machen, es sei nicht rechtens, über Personalien in der Mitgliederversammlung zu sprechen, sie hätte nie jemanden zerstören wollen, es entspreche nicht der Wahrheit, was über ihr Verhalten in Bayern erzählt wurde, sie werde sich aber der Entscheidung der Mitglieder beugen. Claus Wefing ist gegen die Ausgrenzung von Martina Heland-Graef und beantragt daher, ihre Abwahl zu streichen.
Kristina Dernbach stellt einen Antrag auf Abwahl von Martina Heland-Graef aus dem Vorstand, weil ihr nicht bekannt war, dass Martina Heland-Graef 20 Jahre lang in der Psychiatrie gearbeitet hat. Ihr wird entgegnet, die frühere Tätigkeit von Martina Heland-Graef sei nicht verwerflich. Es wäre nicht nachgefragt worden, warum sie dort nicht mehr tätig sei. Ein Mitglied äußert sich, er habe schlimme Erfahrungen mit Pflegepersonal während seiner Psychiatriesierung durchgemacht und fühle sich durch eine Betroffene, die 20 Jahre in dieser Funktion gearbeitet hat, nicht vertreten.
Es wird zunächst von Matthias Seibt und dann von Felix Henneberg ein Antrag gestellt, die Diskussion zu beenden. Dieser wird mit 29 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen angenommen.

TOP 10: Entlastung des Vorstandes
Der Antrag auf Entlastung wird von Matthias Seibt gestellt. Er wird mit 32 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen angenommen.

TOP 10a: Abwahl von Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands
Es wird darüber diskutiert, ob eine Abwahl überhaupt stattfinden soll, welche Rechtsgrundlagen dafür bestehen. Es gebe mehrere Profis unter den Psychiatrie-Erfahrenen, daher sei dies nicht so ein Thema. Martina Heland-Graef betont, sie hätte immer offen gelegt, in der Klinik gearbeitet zu haben. Es wird die Frage nach der Arbeitsfähigkeit des Vorstands gestellt. Jurand Daszkowski und Vicky Pullen können sich eine weitere Zusammenarbeit im Vorstand vorstellen, Kristina Dernbach und Karla Keiner hingegen nicht. Sie führen als Gründe auf, dass Martina Heland-Graef weder in einer Mediation noch in der erweiterten Vorstandssitzung bereit war, das kritische Verhältnis zu klären. Kristina Dernbach führt an, dass sie in dieser Vorstandssitzung von Martina Heland-Graef als „Göre“ bezeichnet wurde. Auf Nachfrage bestätigt Martina Heland-Graef dies. Anke Korsch stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Beendung der Mitgliederversammlung. Sie wolle eine neue anberaumen und die Versammlung vom 12.10.2019 beim Amtsgericht für ungültig erklären lassen. Über diesen Antrag wird nicht abgestimmt. Hartwig Fleiß stellt einen Antrag auf Beendung der Mitgliederversammlung. Hierzu erfolgt eine Gegenrede von Matthias Seibt. Es solle über den Antrag von Kristina Dernbach abgestimmt werden. Es wird über den Antrag auf Beendung der Mitgliederversammlung abgestimmt. Mit 17 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt. Matthias Seibt stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, Martina Heland-Graef aus dem Vorstand abzuwählen. Von Felix Henneberg kommt die Bitte um eine verdeckte Abstimmung. Elisabeth Scheunemann wendet ein, die Möglichkeit einer Abwahl stehe nicht in der Satzung. Doris Steenken stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, zur geheimen Abwahl die weißen Stimmzettel zu verwenden. Dabei stehe „ja“ für Abwahl, „nein“ für nicht-Abwahl.
Anke Korsch verlässt vor dem Ende der Mitgliederversammlung den Saal.
Vicky Pullen stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Beendung der Mitgliederversammlung nach dem Auszählen der Stimmen, Anke Korsch hätte vor dem Ende der Mitgliederversammlung den Saal verlassen. Der Antrag wird mit 32 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen angenommen. In einer Gegenrede zu diesem Antrag fragt Elena D. nach der Möglichkeit, die Tagesordnung am Sonntag dahingehend zu ändern, dass die Mitgliederversammlung noch fortgeführt werden könne, um nicht einfach so auseinander zu gehen. Es wird entgegnet, dies sei aufgrund des Antragsverfahrens für diese Tagung nicht möglich.
Die Auszählung der Stimmen ergibt 24 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen, 2 ungültige Stimmen. Martina Heland-Graef ist somit aus dem Vorstand abgewählt.

Die Mitgliederversammlung endet um 23:13 Uhr.

gez. Juli Benz,

gez. Annette C.,

gez. Anke Korsch,

gez. Felix Henneberg

Gedanken zur Mitgliederversammlung

Bereits der offene Brief, den einige von uns vor Heidelberg gemeinsam verfassten, hat auf einige grundsätzliche Konflikte im BPE aufmerksam gemacht, sowie die Art des Umgangs damit stark kritisiert. Die Mitgliedsversammlung machte deutlich, dass sich der BPE im Umbruch befindet. Einige wichtige Themen wurden aufgemacht und einige andere blieben aufgrund von Zeitmangel unbearbeitet. Die begonnenen und abgebrochenen Diskussionen arbeiten in uns weiter. Dieser Text ist eine Sammlung unserer persönlichen Gedanken und Gefühle nach Heidelberg. Wir möchten sie teilen, weil wir davon überzeugt sind, dass die 27-jährige Arbeit unseres Verbandes eine Fortsetzung finden muss und dass wir alle für die Ausrichtung unserer politischen Selbsthilfe und Selbstvertretung Verantwortung tragen.

Felix Henneberg, Berlin:
Wir als Vereinsmitglieder haben mehr gemeinsam als unsere Psychiatrie Erfahrung:
Wir alle teilen den Wunsch respektvoll behandelt zu werden und uns konstruktiv um Angelegenheiten zu kümmern, die uns alle betreffen. Natürlich haben wir in den Details unterschiedliche Auffassungen und gehen Themen unterschiedlich an. Aus der Erfahrung in Heidelberg ergibt sich die Chance, Fehler nicht zu wiederholen; respektvoll miteinander umzugehen, Lösungen zu finden, die für alle tragbar sind und sich auf Gemeinsamkeiten zu besinnen, statt sich über die Unterschiede zu zerstreiten.

Kristina Dernbach, Freiburg:
„Der BPE-Vorstand arbeitet seit 27 Jahren unter zwei die Arbeit erschwerenden Bedingungen: Die erste Bedingung ist das Ziel der Gründer*innen, verschiedenste psychiatriepolitische Strömungen zu vereinen. Die zweite Bedingung ist, dass Vorstandsentscheidungen per Mehrheitsbeschluss gefällt werden. Dadurch kommt es zu Kämpfen um die Mehrheit der Stimmen. Diesen Kämpfen liegen die unterschiedlichen psychiatriepolitischen Ansichten zugrunde. Die jetzige Krise ist eine Chance, endlich in einen inhaltlichen Austausch über diese Unterschiede zu gehen.
In dieser Amtsperiode kam erschwerend hinzu, dass eine Person im Vorstand war, deren Denken und Handeln nicht primär durch Selbsthilfe, sondern maßgeblich durch Tätigkeit in der Institution Psychiatrie mitgeprägt wurde. Das spiegelte sich sowohl in Inhalten als auch im Verhalten gegenüber Kolleg*innen und Angestellten wider. Es gab keine Alternative zur Abwahl. Wenn ihr Fragen zur Situation habt, erreicht ihr mich unter k.dernbach@gmx.de

Matthias Seibt, Bochum:
„Reform der Psychiatrie – was bedeutet das?
Die Psychiatrie verkürzt das Leben der ihr dauerhaft Vertrauenden zurzeit um 20 bis 32 Jahre.
Nach der „Reform“ sind es nur noch 10 bis 16 Jahre. Fest versprochen!
Ideologie bedeutet bei Marx „die Weltanschaung der Herrschenden in den Köpfen der Beherrschten“. Also wenn zum Beispiel Arbeiter Unternehmerinteressen in ihren Köpfen haben oder Psychiatrie-Erfahrene Interessen von Psychiatern oder von Pflegepersonal.

Jasna Russo, Berlin:
Trotz unangenehmer Auseinandersetzungen, die viel Zeit und Kraft genommen haben, zeigte die MVV in Heidelberg am Ende doch, dass bestimmte Umgangsarten im BPE nicht toleriert werden. Das ist ein sehr wichtiges Ergebnis, es braucht aber noch viel mehr, um eine solide Arbeitsgrundlage und ein gutes Miteinander wiederherzustellen. Eine Woche nach der Tagung ging das Mobbing weiter, diesmal gegen mich: obwohl ich das abgewählte Vorstandsmitglied in Heidelberg erstmalig sah im Leben, fand die abgewählte Person die Adresse meines Arbeitgebers heraus, informierte ihn, dass ich an der BPE-Tagung teilnahm (es könnte sein, dass ich bei meiner Arbeit als nicht als Psychiatrieerfahrene geoutet bin!) und in die MVV „aktiv eingegriffen habe“, „Stigmatisierung betrieben“ und „Betroffene in höchstem Maße diskreditiert habe“. Mein Arbeitgeber sollte auf diese Art und Weise auf „eine zweifelhafte Mitarbeiterin“ aufmerksam gemacht werden. Auf diesen Versuch, mir zu schaden, antworte ich mit entsprechenden Schritten. Diese Art des Umgangs miteinander ist nicht typisch für den BPE. Die wichtigsten Fragen dabei sind doch - um welche Inhalte es letztendlich bei diesem inszenierten Krieg geht und warum es Menschen (auch im BPE-Vorstand) gibt, die das nicht nur dulden, sondern auch noch verteidigen? Hier mein Versuch, zu verstehen worum es eigentlich geht:
Wir leben in Zeiten, in denen Psychiatrie immer subtiler wird, weitere Segmente unserer aller Leben erobert und unsere Organisationen spaltet. Eine neue Sorte kritischer Psychiater*innen ist im Kommen, die unsere Nähe und Zuarbeit sucht. Es werden uns zunehmend Nischen zur Verfügung gestellt, unsere Erfahrungen als Expertise zu vermarkten und ergänzend als Hilfeleistung dem System anzubieten. Die Sprache der humanen Psychiatrie ist verführend, das Leben mit wenig Geld schwer und viele Betroffene versuchen, das neue Territorium so gut wie möglich zu navigieren und sich einen Platz abzusichern. Dass einzelne Menschen das machen ist verständlich, aber unsere Organisationen - und vor allem der Bundesverband - können sich ein derartiges Umherwandern von einem Beteiligungsangebot zum anderen nicht leisten. Es braucht viel mehr Überlegung, Austausch und vor allem Strategien, wenn wir von unseren neu gewonnenen Grundrechten (siehe UN BRK) Gebrauch machen wollen. Sich mit dieser neu gekleideten Psychiatrie einzukuscheln und plötzlich einer gemeinsamen Agenda zu folgen, die wir nur noch trialogisch abnicken sollen, wird uns nicht weiterbringen. Der BPE ist nach wie vor ein einmaliger Raum, in dem wir unsere einzelnen und gemeinsamen Stimmen suchen und finden können. Uns in unseren eigenen Organisationen, mit allen Mitteln den Mund tot machen zu lassen, nur weil wir auch die neuesten Versionen der Psychiatrie aus vielen guten Gründen hinterfragen, würde bedeuten, die Auslöschung unserer politischen Organisationen tatenlos zu beobachten. Diejenigen, die sich einer partizipativen und progressiven Psychiatrie anschließen möchten, haben dafür viele Möglichkeiten. Wenn sie sich nicht mal zu einem respektvollen und argumentierten Dialog fähig zeigen, sollen sie bitte den BPE in Ruhe lassen. In Heidelberg habe ich viele neue Menschen kennengelernt und alte wiederentdeckt. Lasst uns etwas Gutes daraus machen!

Wenn ein Verband sich selbst von innen zerstört

Als Fördermitglied des BPE, der ich selbst niemals stationär in der Psychiatrie war, möchte ich mein persönliches Erleben der aktuellen Misere im BPE mit den Lesern des Rundbriefes teilen.

Ein langjähriger Freund gab mir den Offenen Brief, der kurz vor der Jahreshauptversammlung in Heidelberg in Umlauf gebracht wurde, zu lesen.

Ich war sehr verblüfft und erschrocken über diesen Brief, der von so vielen Mitgliedern unterzeichnet wurde.

Als Fördermitglied kann ich sicher kein umfassendes Bild über die vielen Aktivitäten des BPE haben. Aber das bisherige Kennenlernen der Arbeit des BPE hat mich mit größtem Respekt und großer Bereitschaft erfüllt, den Verband zu unterstützen. Da wird ein wahrhaft guter Job gemacht! Es beeindruckt mich tief, wie Leute, die viel Schlimmes durchleben mussten, trotz allem die Energie aufbringen, sich im BPE auch für alle anderen Psychiatrieerfahrenen zu engagieren!

Die konkrete Vereinsarbeit fällt aber nicht vom Himmel.

Da setzen einige wenige Leute viel, viel Lebenszeit, Arbeitskraft, Energie und auch persönliche Mittel im Dienste der Ziele des BPE ein. Ehrenamtlich und für alle anderen mit, nicht nur für sich selbst.

Und dafür dann dieser Offene Brief! Was ist da nur los?

Ich möchte den Initiator oder die Initiatoren dieses Briefes fragen, was ihre wahren Absichten sind. Wollt Ihr den BPE kaputt machen? Wollt Ihr irgendwelche `alten Rechnungen´ mit den jetzigen Aktiven `begleichen´, also Rache für etwas nehmen? Seid Ihr einfach nur machtgierig?

Merkt Ihr nicht, dass durch Eure Vorgehensweise die wertvolle Arbeit des BPE früher oder später zerstört werden wird?

Spaltung ist der erste Schritt in den Untergang, das wissen wir doch alle aus der Geschichte.

Ich muss Dir und Euch, den Verfassern und Unterzeichnern dieses Offenen Briefes, sagen: es ist nicht nur der Inhalt, der mich befremdet. Es ist auch der Ton. Es ist eine doppelbödige und hinterhältige Art, Kritik öffentlich zu äußern.

Es gibt einen altbewährten Grundsatz in Gemeinschaften, Ämtern, Vereinen: Lob öffentlich- Kritik zuerst unter vier Augen.

Und zwar lösungsorientiert.

Nehmt Euch doch selbst beim Wort und lasst diesen Zynismus sein! Ihr sagt doch selbst: `Nur gemeinsam sind wir stark!´

Der BPE kann wirklich nur etwas bewegen, wenn er als Bundesverband an einem Strang zieht gegen die Missstände in der Psychiatrie und im Gesundheitswesen allgemein!

Der Offene Brief tut genau das Gegenteil, seine Wirkung ist verheerend und zerstörerisch: er spaltet, verletzt und zettelt einen Machtkampf gegen die eigenen, ehrenamtlich tätigen Leute an.

Setzt Eure Energie lieber für die wichtigen BPE- Projekte, Arbeitsgemeinschaften und die Außenwirkung des BPE ein.
Bitte erinnert Euch an alle, denen es aktuell nicht gut geht, und für die der BPE ein gesunder, kraftvoller Fürsprecher und Wegbereiter sein möchte und sein sollte!

Bitte lasst davon ab, die bisher gut funktionierenden Vereinsstrukturen anzugreifen. Mobbing in allen möglichen Erscheinungsweisen ist nichts als fies und zerstörerisch!

Das Verfassen und Unterzeichnen des Offenen Briefes zeigt, wie man Vereinsarbeit und damit Ziele, Sinn und Zweck des BPE zerstören kann, leider.

Mitmenschlicher, fairer Umgang geht jedenfalls anders!

Mit an Empörung grenzender Verblüffung habe ich die Tatsache zur Kenntnis genommen, dass zu den Unterzeichnern des Offenen Briefes auch zwei Angestellte des BPE gehören: Martin Lindheimer und Matthias Seibt.

Jeder Arbeitnehmer ist zu Loyalität seinem Arbeitgeber gegenüber verpflichtet! Probleme im Arbeitsverhältnis oder persönliches Unbehagen rechtfertigen noch lange nicht, ein öffentliches Kesseltreiben gegen namentlich genannte Vereinsmitglieder anzuzetteln. Diese Vorgehensweise ist nicht nur illoyal, sie wirkt auf mich peinlich, unreif und beschämend.

Abschließend möchte ich den Initiator, die Initiatoren und alle Unterzeichner des Offenen Briefes bitten, den Ruf des BPE in der öffentlichen Wahrnehmung im Blick zu behalten. Auch Rufschädigung torpediert die Ziele des Vereins.

Ich persönlich werde jedenfalls meine Fördermitgliedschaft kündigen, wenn dieses üble interne Hickhack nicht sofort aufhört!

Mir liegt die Verbesserung der jeweiligen Lebenssituation derjenigen Menschen am Herzen, die Psychiatrieerfahrung haben. Einen Verband, der sich selbst zerstört, unterstütze ich dagegen nicht länger.

Euer Fördermitglied Anonymus.

PS: Zum Schutze meiner Angehörigen wurde ich gebeten, diesen Beitrag nicht mit meinem Klarnamen zu unterzeichnen. Ich bitte um Verständnis.

Der Rundbrief- Redaktion ist der Verfasser dieses Leserbriefes namentlich bekannt.

Stellungnahme zur Mitgliederversammlung (MV) am 12.10.19 in Heidelberg, zum „Offenen Brief“, zum Vereinsausschluss Karla Keiner sowie zur Abwahl von Martina Heland-Graef aus dem geschäftsführenden Vorstand

Für uns waren die Vorgehensweisen in der MV und davor („Offener Brief“) inakzeptabel. Die Mitgliederversammlung war geprägt von massiven Verfahrensfehlern. Die Rechtmäßigkeit der in Heidelberg gefassten Beschlüsse ist nicht gegeben.

Im Einzelnen:

1. Mitgliederversammlung

1.1. Die Leitung der Mitgliederversammlung muss zwingend von Personen des geschäftsführenden Vorstands durchgeführt werden. Nur wenn alle Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands verhindert sind, kann die Mitgliederversammlung die Versammlungsleitung bestimmen. Auch der erweiterte Vorstand ist nicht befugt, die Versammlungsleitung der MV zu bestimmen! Auf einen Teil des geschäftsführenden Vorstands wurde so massiv Druck ausgeübt, dass die Versammlung schließlich von Personen geleitet wurde, die rechtlich gar nicht dazu befugt waren.

1.2. Wenn schon 2 Personen mit der Versammlungsleitung beauftragt sind, muss vor Sitzungsbeginn festgelegt werden, ob auch eine der beiden Personen allein die Versammlung leiten kann. Diese Klärung unterblieb. Als die zweite Leitungsperson im Verlauf der Sitzung wegen des allgemeinen Chaos den Raum verließ, hätte die Versammlung nicht einfach vom verbliebenen Versammlungsleiter eigenmächtig weitergeführt werden dürfen. Sie hätte unterbrochen oder abgebrochen werden müssen.

1.3. Die Gesamtzahl der Abstimmungsberechtigten muss zu jedem Zeitpunkt der Sitzung und vor jeder Antragsabstimmung korrekt ermittelt und im Protokoll vermerkt werden. In Heidelberg war häufig unklar, wer überhaupt abstimmen darf. Die Versammlungsleitung hätte das vor jeder Abstimmung ermitteln müssen. Das Protokoll hätte grundsätzlich die jeweilige Gesamtzahl der Abstimmungsberechtigten, die gerade im Raum waren, aufführen müssen. Außerdem hätten die Abstimmungsergebnisse ausnahmslos mit der jeweiligen Anzahl der „Ja“, „Nein“ und Enthaltungsstimmen protokolliert werden müssen. Das Protokoll ist hierbei ungenau und fehlerhaft.

1.4. Die Tagesordnung muss mit dem Mehrheitsprinzip abgestimmt werden. Spontan eingebrachte Anträge können nur durch Mehrheitsbeschluss der MV als Tagesordnungspunkt aufgenommen werden. Der zuvor erfolgte Vereinsausschluss von Karla Keiner wurde widerrechtlich unter dem Tagesordnungspunkt „Regularien“ abgehandelt. Das so genannte Thema „Diskussion Rolle Martina Heland-Graef“ und ihre etwaige Abwahl war niemals als Tagesordnungspunkt abgestimmt worden. Es ist nicht möglich, einen Tagesordnungspunkt, der einen so schwerwiegender Eingriff in die Arbeitsfähigkeit des geschäftsführenden Vorstands darstellt, überhaupt spontan auf die Tagesordnung einer laufenden MV zu setzen. Die Abwahl ist folglich rechtlich angreifbar. Allgemein gilt: Anträge müssen klar und für alle verständlich formuliert sein. Die Versammlungsleitung kam ihrer Verpflichtung nicht nach, für eine allgemein verständliche und klare Abfolge der Tagesordnungspunkte zu sorgen, die der Einladung zur MV angelegte Liste der Tagesordnungspunkte einzuhalten und das Recht aller Mitglieder auf rechtzeitige Information über wesentliche Entscheidungen im Vorstand zu beachten. Die Versammlungsleitung ist für die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben verantwortlich. Diese Pflicht wurde in Heidelberg massiv verletzt – mit schwerwiegenden Auswirkungen auf jegliche Beschlussfassung der MV.

1.5. Um allen Mitgliedern gleichberechtigte Redezeit zu gewähren, muss eine bestehende Rednerliste von der Versammlungsleitung eingehalten werden. Sie darf nicht eigenmächtig verändert werden. Zwischenrufe dürfen nicht als Redebeiträge gewertet werden, die Grundlage von Antragstellungen und Abstimmungen sind. Die Versammlungsleitung setzte sich eigenmächtig über die vorhandene Redenerliste hinweg und behandelte Zwischenrufe fälschlicherweise als Antragstellung.

1.6. Unsachliche und persönlich diskriminierende Äußerungen müssen von der Versammlungsleitung unterbunden werden und dürfen nicht auch noch im Protokoll vermerkt werden. Vermutungen über Aussagen nicht anwesender Dritter gehören nicht in das Protokoll einer Mitgliederversammlung. Wichtige Redebeiträge und Hintergrundinformationen seitens des geschäftsführenden Vorstands dürfen im Protokoll weder verfälscht noch weggelassen werden. Das Protokoll ist nicht nur formal falsch (siehe 1.2. und 1.4.), es bildet auch inhaltlich nicht den wahren Ablauf der Versammlung ab. Das Proto-

koll wirkt parteiisch, inhaltlich einseitig und tendenziös. Zum Thema Vereinsausschluss Karla Keiner wurde im Protokoll weggelassen: Karla reagierte auf die teilweise Ablehnung ihrer rückwirkenden Forderungen (aus den letzten 4 Jahren) sofort mit wütenden Beschimpfungen, Beleidigungen und Bedrohungen. Auf keinen der Lösungsversuche des geschäftsführenden Vorstands ging Karla ein, stattdessen verweigerte sie jegliche Kommunikation mit dem Vorstand.

1.7. Die Aufnahme von neuen Mitgliedern in den Verein ist ausschließlich Sache des geschäftsführenden Vorstands. Aufnahmen in den Verein erfolgen nicht durch spontane Bekanntgabe auf der MV. Die Zahl der Abstimmungsberechtigten kann durch derartige widerrechtlich Vorgänge nicht verändert werden. In Heidelberg wurden einfach zwei Interessenten eigenmächtig von der Versammlungsleitung als neue Vereinsmitglieder aufgenommen. Ihnen wurde sofort das Recht eingeräumt, über Anträge mit abzustimmen. Das ist ein Verstoß gegen die Satzung des BPE. Dadurch wurde die Gesamtzahl der Abstimmungsberechtigten auf der MV ein weiteres Mal verfälscht. Die jeweiligen Abstimmungsergebnisse sind rechtlich anfechtbar.

1.8. Es ist nicht nachvollziehbar, den geschäftsführenden Vorstand insgesamt zu entlasten und zu einem späteren Zeitpunkt der Versammlung ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstands mit unsachlichen Begründungen abzuwählen. Die Abwahl von Martina Heland-Graef kann aufgrund der Fülle schwerwiegender formaler und inhaltlicher Verfahrensfehler keinen Bestand haben. Die Abwahl ist rechtlich anfechtbar.

2. Offener Brief

2.1. Der „Offene Brief“ enthält unwahre Behauptungen, die richtiggestellt werden müssen. Er greift Martina Heland-Graef persönlich zu Unrecht an. Martina hat ihren Zuständigkeitsbereich stets satzungsgemäß, arbeitsrechtlich korrekt und verantwortlich ausgeübt. Kein Mensch darf im BPE aufgrund eines erlernten oder ausgeübten Berufes oder wegen seiner Herkunftsgeschichte und dem Familienstand diskriminiert werden. Es steht auch niemandem zu, private Informationen über Vereinsmitglieder ohne deren Einverständnis öffentlich zu machen. Es tut nichts zur Sache, ob jemand „Heimkind“ oder „Psychiatrie Krankenschwester“ war oder ist. Das ist Stimmungsmache und gezieltes Mobbing. Es ist widerwärtig und unwürdig.

Wir halten diesen Brief für schädlich, weil er Vertrauen untergräbt und die Gemeinschaft des BPE zerrüttet.

2.2. Der Vorwurf, Karla Keiner „aus fadenscheinigen Gründen“ aus dem BPE ausgeschlossen zu haben, ist unerträglich und definitiv falsch. Die sachlichen Gründe für den Vereinsausschluss waren folgende: Karla Keiner reagierte u.a. auf die Ablehnung ihrer absurden finanziellen Forderungen an den BPE (z.B. die Forderung, eine Taxifahrt zum Hundesitter erstattet zu bekommen) mit Drohungen, Beschimpfungen und Nötigung des geschäftsführenden Vorstands – insbesondere erhielt Martina Heland-Graef mehrfach nötigende Gewaltandrohungen von Karla Keiner.

Derartige Ausfälle gegen Vereins- und Vorstandsmitglieder stellen eine strafwürdige Handlung dar: Nötigung mittels Androhung von Gewalt (§240 Strafgesetzbuch). Aufgrund dessen und wegen der radikalen Gesprächsverweigerung von Karla blieb zum Schutz besonders von Martina Heland-Graef nur der Schritt, Karla aus dem BPE auszuschließen.

Vor diesem Hintergrund wirkt die sachlich völlig unbegründete Abwahl Martinas aus dem geschäftsführenden Vorstand wie ein konspirativ vorbereiteter Racheakt.

Grundsätzlich kann ein Vereinsmitglied die MV anrufen, um gegen einen Vereinsausschluss zu protestieren. Das hätte Karla aber persönlich und zeitnah tun müssen. Ein sogenannter Offener Brief von anderen Personen – egal wie viele ihn unterzeichnen – ist keine Grundlage dafür, dass die MV sich spontan mit diesem Thema befasst. Antragstellung und Beschlussfassung in Heidelberg zum Thema ´Vereinsausschluss Karla Keiner` waren nicht vom Vereinsrecht gedeckt.

Der „Offene Brief“ hätte auf der MV 2019 gar nicht thematisiert werden dürfen. Dieses Schreiben hätte dem geschäftsführenden Vorstand rechtzeitig zur fristgerechten Ladung der MV zugestellt werden müssen. Und er hätte ausnahmslos allen Vereinsmitgliedern rechtzeitig zur Kenntnis gegeben werden müssen. Beides fand nicht statt: der „Offene Brief“ ging kurz vor der MV beim geschäftsführenden Vorstand ein. Dann wurden einige Exemplare direkt vor Ort in Heidelberg verteilt. Etliche Mitglieder waren

gar nicht zum Sachverhalt informiert, wurden aber in eine Abstimmung hineingedrängt.

Vor allem hätte als erstes abgestimmt werden müssen, ob das Thema `Vereinsausschluss` überhaupt als Tagesordnungspunkt auf der MV angenommen würde, weil er nicht auf der Liste der Tagesordnungspunkte stand, die der Einladung zur MV allen Vereinsmitgliedern zugegangen war. Das Thema wurde jedoch eigenmächtig von der Versammlungsleitung als TOP behandelt und zur Abstimmung gebracht. Diese Vorgehensweise ist vereinsrechtlich nicht haltbar.

Ob Karla Keiner trotz der massiven Verfahrensfehler und Verstöße gegen geltendes Recht weiterhin Mitglied des BPE ist, ist rechtlich noch nicht endgültig geklärt.

Frei erfundene Vorwürfe, üble Nachrede und Stimmungsmache spalten und schaden dem BPE. Wir setzen unsere Zeit und unsere Arbeitskraft ehrenamtlich zur Verwirklichung der Satzungsziele des BPE ein. Ungerechtfertigte persönliche Beschuldigungen schwächen und schädigen nicht nur uns, sondern die Wirksamkeit des Gesamtverbandes in Gesellschaft und Öffentlichkeit.

2.3. Im „Offenen Brief“ werden Forderungen gestellt, die gegen Vorgaben des Vereinsrechtes und unsere Satzung verstoßen. Wir fühlen uns verpflichtet, gesetzliche Bestimmungen zu beachten, auch um die Gemeinnützigkeit nicht zu gefährden und Geldgeber nicht abzuschrecken.

2.4. In der Satzung des BPE wird die Beschlussfähigkeit des geschäftsführenden Vorstands geregelt (§12, Satz 5). Eine Satzung hat den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) zu folgen. Es gilt bei Abstimmungen grundlegend das Mehrheitsprinzip. Der Begriff „Vetorecht“ kommt in der Satzung des BPE nicht vor. Vetorechte dienen ausschließlich dem Minderheitenschutz. Minderheiten gibt es im geschäftsführenden Vorstand des BPE jedoch nicht, alle sind gleichberechtigt. Wir sind der Ansicht, dass unsere Arbeit durch das veraltete Gebot der Einstimmigkeit bei Emails und Telefonaten erschwert und verteuert wird. Deshalb hat der geschäftsführende Vorstand einen Antrag auf Satzungsänderung beschlossen.

Fazit:

Die beiden Personen, die auf der MV spontan BPE-Mitglieder werden wollten, müssen sich bitte zur Aufnahme in den Verein an den geschäftsführenden Vorstand wenden.

Agitation im Vorfeld der Mitgliederversammlung und Ausübung von massivem Druck auf Personen des geschäftsführenden Vorstands vor Ort hat zu der Misere in Heidelberg geführt.

Die auf der Mitgliederversammlung in Heidelberg gefassten Beschlüsse sind nicht rechtskonform. Wir fürchten um Wirksamkeit und Ruf des Verbandes in der Öffentlichkeit, wenn Vereinsmitglieder von anderen Vereinsmitgliedern in ihren persönlichen Rechten verletzt und gesundheitlich geschädigt werden.

Die Arbeit für alle Menschen mit Psychiatrieerfahrung ist grundlegend von der Arbeitsenergie ehrenamtlich Tätiger und Verantwortungstragenden, von der Gemeinnützigkeit des Vereins und weiterer bewilligter Gelder abhängig. Die Gemeinnützigkeit basiert auf der Einhaltung rechtlicher Grundsätze und Vorgaben.

Gezeichnet:

Jurand Daszkowski, Ruth Fricke, Martina Heland-Graef, Reiner Ott, Vicky Pullen

Auch wir unterstützen diese Stellungnahme:

Cordula Hatzig, Gaby Hohnke, Robert Jacobs, Achim Kuck, Karla Kundisch, Christine Pürschel, Elisabeth Scheunemann, Almuth Spieker, Susanne Stier, Rudolf Starzengruber, Doris Steenken, Antonia Wagner, Jutta Wagner

Hamburg den 24.11.2019

Hallo liebe Mitglieder des BPE, Hallo lieber Gesamtvorstand, Hallo VorstandskollegInnen des geschäftsführenden Vorstand,

Als ich im Oktober 2018 mich für die Wahl des ges. Vorstand beworben hatte, war mir zwar bewusst, das eine Menge Arbeit auf mich zukommen wird, nur was in den vergangenen 13 Monate wirklich alles gelaufen ist, hätte ich mir im Traum nicht vorstellen können.

Im vergangenen Jahr musste ich miterleben, wie Drohungen gegen Vorstandskollegen ausgesprochen wurden („Ich mache dich platt wenn ich dich in die Finger bekomme"), wie Mitarbeiter von anderen Mitarbeiter angeschrien wurden und buchstäblich durch mutmaßliches Mobbing in eine seelische Krise geschubst wurden, wie versucht wurde, Abrechnungen aus dem Jahr 2016 über den BPE abzurechnen (z.B. Taxifahrten zum Hundesitter, Buch „Hanfanbau selbstgemacht" und ähnliches), und unzählige weitere Vorfälle, die ich aus Datenschutzgründen hier nicht nennen darf. Die sehr chaotische und nicht Satzungsgemäße Mitgliederversammlung 2019 mit dem dazugehörigen Protokoll zeigt sehr deutlich die Situation im BPE e.V..

Zu guter Letzt, wurde ein Mensch aufgrund seiner beruflichen Laufbahn vor der seelischen Krise, dieses noch öffentlich auf der Mitgliederversammlung zum Vorwurf gemacht und mit „Schimpf und Schande" aus dem Amt zu jagen. Ein Verband der gegen die Stigmatisierung kämpft, selbst dann Menschen stigmatisiert ist für mich nicht weiter tragbar.

Das sind jetzt nur ein paar sehr extreme Beispiele, die im vergangen Jahr gelaufen sind.

Zwischenzeitlich hat mich durch die ganzen Begebenheiten selbst wieder die schwere Depression heimgesucht, das ich nach längerer Abstinenz wieder zu Psychopharmaka greifen musste.

Da mir meine Gesundheit am nächsten liegt, ich durch die ganzen Vorkommnisse im BPE e.V. nicht mehr als meinen Verein ansehe, lege ich mit dem heutigen Tag mein Amt als geschäftsführendes Vorstandsmitglied nieder.

Weiterhin trete ich aus dem BPE e.V. zum nächstmöglichen Zeitpunkt aus.

Das Original dieses Schreiben geht mit meiner Unterschrift in den nächsten Tagen der Geschäftsstelle zu.

Mit traurigen Grüßen,
Reiner Ott

Vicky Pullen
c/o Linna Treuheit
Burbankstr. 22
53757 Sankt Augustin
01522-9271866

Berlin, 28.11.19

Liebe Mitglieder des BPE, Lieber Gesamtvorstand, Liebe VorstandskollegInnen des geschäftsführenden Vorstands,

Seit Oktober 2015 bin ich im geschäftsführenden Vorstand. Bis August 2018 war meiner Erfahrung nach die Mit- und Zusammenarbeit im Vorstand nützlich, sinnvoll und konstruktiv.

Meiner Ansicht nach, sollte ein 7-köpfiger gleichberechtigter geschäftsführender Vorstand konstruktiv zusammenarbeiten, um die Geschäfte des Vereins zu führen und v.a. um den Verein bestmöglich nach außen zu vertreten, um neue Mitglieder zu werben und bessere Lebensbedingungen für die Mitglieder zu erwirken.

Seit Frühjahr wurden wir von einer Kollegin beleidigt, beschimpft und bedroht und alle Versuche zu klären und gut miteinander zu kommunizieren, wurden abgelehnt. Eine effektive Vorstandsarbeit war kaum noch möglich.

Seit der MV am 12.10.19 geht es mir körperlich sehr schlecht. In der Nacht zum 13.10.19 hatte ich einen Herzinfarkt. Am Tag davor war ich seelisch zusammengebrochen, wie schon Jahre nicht mehr. Seit der MV und dem „offenen Brief" habe ich versucht, damit klar zu kommen, dass ein offener Brief mit Halb- und Unwahrheiten von Angestellten und Vorstandskolleginnen verfasst und verbreitet wurden, ausgerechnet gegen das Vorstandsmitglied, das im letzten Jahr mit Abstand die meiste Arbeit im geschäftsführenden Vorstand gemacht hat. Wir mussten miterleben, wie Mitglieder mit falschen Infos, Vorurteilen etc. gefüttert werden und bezahlt werden, dass sie so abstimmen, wie gewünscht, ohne sich eine eigene Meinung bilden zu können. Es wurden sogar zwei „neue Mitglieder" entgegen der Satzung während der MV zu neuen Mitgliedern erklärt. Die Tatsache, dass in der MV in einigen Redebeiträgen Martina ihre berufliche Vergangenheit vorgeworfen wurde von Menschen, die vorher keinen eigenen Kontakt zu Martina hatten, also Diskriminierung betrieben wurde, war für mich der sehr traurige Tiefpunkt. Auch, dass die nicht objektive Versammlungsleitung nicht in der Lage war, diese Äußerungen von Diskriminierung zu unterbinden und, dass sie zu allem Überfluss im Protokoll niedergeschrieben wurden, macht es mir leider unmöglich meine Lebenszeit weiter ehrenamtlich auf Vorstandsebene dem BPe zu schenken, auf Kosten meiner Gesundheit.

Hiermit trete ich mit sofortiger Wirkung vom geschäftsführenden Vorstand des BPE e.V. zurück.

Vicky Pullen, 28.11.2019

Meine Meinung und meine Wünsche

Von Karla Kundisch

Liebe Menschen,
die ihr auch in Heidelberg gewesen seid und dort an der Mitgliederversammlung teilgenommen habt, wenigstens zeitweise vielleicht und ebenso liebe Menschen, die ihr das jetzt lest und nicht dabei ward,

ich fand es blöd, wie sonst nicht und ich war seit 2006, seit ich Mitglied bin, (fast) immer dabei. Ich war in dem Wissen hingefahren, dort Menschen zu treffen m it denen ich gemeinsam an Dorothea denken kann. Und dann erlebe ich/ erleben wir so eine – ja ich finde kein passenderes Wort – blöde Mitgliederversammlung wie noch nie.

Ich wünsche mir, dass wir uns die Zeit nehmen – extra – oder beim nächsten Jahrestreffen, um das ganze noch einmal durchzuführen, aber in bewährter Qualität und mit Beachtung der Satzung und vor allem mit Achtung füreinander.

Ich wünsche mir, dass wir uns Zeit nehmen füreinander, für unsere zum Teil unterschiedlichen Meinungen, die alle ihre Berechtigung haben und gehört werden müssen, und dass wir gemeinsam Formulierungen finden und Beschlüsse fassen können, im Sinne unserer Satzung, die uns allen gut tun.

Außerdem wünsche ich mir auch viel mehr Zeit für inhaltliche Diskussionen zu Themen, die (für) uns wichtig sind, und würde gern dafür Arbeitsgruppen bilden und die Zeit dafür nutzen.
Dann könnten wir auch den wichtigen Tagungs-Ordnungs-Punkt schon vorbereiten, der meist am Ende liegt und viel zu kurz oder schlimmstenfalls nicht dran kommt: Wie wollen wir weiter arbeiten? (Arbeitsschwerpunkte für das nächste Jahr)

Ein aktuelles Beispiel dazu möchte ich hier andeuten:

Ich kann Kristina Dernbach gut verstehen, wenn sie keinesfalls möchte, dass wir an dem „Menthal Health Surveillance" Projekt des Robert-Koch-Instituts mitwirken.
(siehe Rundbrief 3/2019 Seite 19 oben)
Und ebenso gut verstehe ich die (wegen Zeitmangel kurze) Antwort darauf von Vicky Pullen für den Geschäftsführenden Vorstand in der erweiterten Vorstandssitzung, die daran erinnerte, dass es uns auch wichtig ist, „nichts über uns ohne uns" zuzulassen.
Natürlich wollen wir nicht, dass jemand festlegt, was „p.k." bzw. was gesund sei. Das sollten wir dort auch deutlich sagen!
Und wir können sagen, dass maximal gezählt werden kann, wie oft welche psychiatrische Diagnose vergeben wurde und wie viele Menschen während und nach (welcher) psychiatrischen Behandlungen sterben, weil das Fakten sind.
Und die wären vielleicht auch für uns interessant, wie eben eine Todesfallstatistik.
Alles andere ist Ansichtssache bzw. Bewertung. Und „Bekämpfung von Krankheiten" wird verdammt schnell zur Bekämpfung der Kranken, weshalb wir uns davon klar distanzieren müssen.

Und zum Schluss möchte ich eine leider eingeschlafene Diskussion wieder erwecken und dazu meine Variante (von 2013?) der früheren „BPE-Meinung" zur Grundlage anbieten:

Unsere Meinung zu „psychischen Erkrankungen" und Psychiatrie

unterscheidet sich teilweise sehr von der leider noch immer herrschenden Meinung, wahrscheinlich weil wir das, was als „psychisch krank" bezeichnet wird, selbst erlebt haben.

1. Was ist „psychisch krank"?
Je mehr man weiß, was ein Mensch erlebt hat und unter welchen Bedingungen er aufwuchs, um so besser wird man seine Probleme verstehen. Und selbst wenn man das nicht weiß, kann man davon ausgehen, dass es für momentane Probleme und Krisen Gründe gibt. Und diese nur in dem Menschen und nicht auch in seiner ganzen Lebensgeschichte, den Mitmenschen und gesellschaftlichen Verhältnissen zu suchen oder gar nur auf einen gestörten Hirnstoffwechsel zu beschränken, halten wir für unpassend, unwissenschaftlich und vor allem nicht hilfreich.
Deshalb wollen wir

2. Weg vom „Biologismus"
und von anderen einseitigen Menschenbildern. Es gibt keine Beweise für die Vermutungen über Ursachen von sogenannten Krankheiten unserer Psyche oder Seele.
Und doch baut sich das ganze Lehrsystem und leider auch die Forschung auf dieser einseitigen Meinung auf und führt so zu einem absoluten Übergewicht pharmakologischer Behandlung und zu

3. Zwang und Gewalt
Was wirklich gut und hilfreich ist, muss niemandem aufgezwungen werden.
In vertrauensvoller Umgebung, in welcher Zwang und Gewalt nicht befürchtet werden muss, werden sich die meisten Menschen helfen lassen. Wenn aber Menschen, die sich nicht für die Einnahme von Medikamenten entscheiden können, weil sie vor deren Wirkung Angst haben, gezwungen oder (mit der Androhung von Zwang) genötigt werden und dann noch als „einwilligungsunfähig" bezeichnet werden, hat das mit Freiheit und Menschenwürde nichts zu tun. Deshalb lehnen wir, wie bisher, solche Sondergesetze, die die Zwangsbehandlung mancher Menschen erlauben, ab bzw. uns dagegen auf.
Wir tun das vor allem auch, weil wir spüren und miterleben mussten und müssen:

4. Die Folgen psychiatrischer Behandlung
sind viel zu oft nicht die gewünschten. Die Lebensqualität von Menschen wird durch psychiatrische Diagnosen und Behandlung häufig stark beeinträchtigt und die Lebenserwartung, insbesondere von Menschen, die lange Zeit Neuroleptika verabreicht bekommen, stark verkürzt.
Es gibt eine lange Liste von Krankheiten, die durch Psychopharmaka ausgelöst und begünstigt werden. Die Bekanntesten sind Spätdyskinesien und Diabetes.

5. Fazit
Und weil das alles nicht nur uns bekannt ist, sondern auch vielen Menschen in helfenden Berufen, wird es höchste Zeit, wirklich etwas, und zwar MIT UNS GEMEINSAM, so zu ändern, dass Heilung möglich wird.

Selbst dann, wenn die Bezeichnung „psychisch krank" hilfreich gemeint war oder ist, wird sie zu einer weiteren Kränkung, wenn damit ein eingeschränktes Menschenbild verbunden ist und damit zusammenhängende einseitige (Zwangs)Behandlungen auf Grund besonderer Gesetze möglich sind.
Wir zitieren hier gern zum Schluss Ulla Schmidt, welche über das gesamte Gesundheitssystem während ihrer Amtszeit als Bundesgesundheitsministerin sagte:
„Bevor man weiteres Geld hineinpumpt, müssen die ineffizienten Strukturen geändert werden."

Wenn man Interesse an einer heilsamen Änderung dieser Strukturen hat (Pharmaindustrie und alle, die außerdem von dem System, wie es ist, profitieren, haben wahrscheinlich kein Interesse) muss man mit organisierten Psychiatrie-Erfahrenen zusammenarbeiten.
Denn unsere Erfahrungen, die durch den Austausch miteinander über unsere persönlichen hinausgehen, befähigen uns, sowohl zur Selbsthilfe als auch dazu, den Menschen behilflich zu sein, die den Menschen (wirklich!) helfen wollen, die heute noch als „psychisch krank" bezeichnet werden.

Bericht der T4 Veranstaltung am 30.08.2019 in Berlin an der Philharmonie

Von Martina Heland-Graef

Im Foyer der Philharmonie wurde der erste Teil des Gedenktages mit einem inklusiven Orchester begonnen inklusiv heißt, die Klavierspielerin war blind, die Klarinette und die Geige Profis. Leider waren im Foyer nur 100 Stühle aufgebaut, es waren aber 300 Menschen angemeldet. Von Barrierefreiheit kann keine Rede sein. Es war an dem Tag auch sehr heiß und es gab kein Wasser - vielleicht zu teuer für zwei Veranstalter, die auch von Aktion Mensch finanziell unterstützt wurden. Zwei Organisationen für eine Veranstaltung….hmhm

Herr Dusel (Behindertenbeauftragter der Bundesregierung) betonte, dass Demokratie Inklusion braucht und dass das sein Motto ist. Selbstverständlich bezog er sich auch auf die vielen Psychiatrie Toten und hofft, dass sich durch diese Veranstaltung und das Gedenken an die Opfer, sich so etwas nicht wiederholt.
Der Bürgermeister Herr Dr. Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa, bedankte sich für die Organisatoren und berichtet von einer Begebenheit eines Jungen, die durch die Personalisierung doch sehr anrührte.
Dazwischen immer wieder das Inklusive Orchester.
Sigrid Falkenstein, Angehörige, war auch eine der Grußredner und hat ihre eigene Intention ein Schicksal ihrer Familie mit ihrer Arbeit aufarbeiten können.
Lucas Cranach rundete den ersten Teil mit einem Vortrag den in wunderbarer Weise ab. Er versuchte sich in der Erklärung, warum damals die besten und größten Psychiater sich auf so eine Vergasungsanordnung des Regimes haben hinreißen lassen. Man beachte. dass nur einer von 50 aufstand und da nicht mitmachen wollte. Er berichtete vom bayerischen Hungerkosterlass vom 30.11.1942, die Ermordung der Kinder in speziellen Kinderfachabteilungen. Was bedeutet das für uns heute? Herr Cranach formulierte es mit der Würdigung der Opfer, die immer noch nicht durch die Bundesregierung anerkannt wird. Er nannte das Gedenken an die Opfer wie z.B. Lokale Gedenkbücher oder Opferbiographien, Stolpersteine und Gedenktafeln. Er benannte auch die Angehörigen Hartheim-Deklaration der Münchner Gedenkinitiative vom Juli 2019. Für die Psychiater wünscht er sich, um das Vertrauen zurückzugewinnen, dass sie sich einsetzen für die Menschenrechte, dass Psychiater Kranke behandeln und keine Krankheiten und vor allem sich in Bescheidenheit üben sollten.

Zum Schluss nannte er eine Vision
Zitat:
Menschenrechte Art.1 Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit
Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.
Auszug aus der UN Zitat: Ende

Ich besuchte einen Workshop, der von Thomas den Kellerkindern aus Berlin gehalten wurde. In einer Podiumsdiskussion stellte Thomas Künneke die Guide´s, Menschen mit Lernschwierigkeiten, der Brandenburger Gedenkstätte für die Opfer der »Euthanasie«-Morde in Brandenburg an der Havel vor. Wie sie dazu gekommen sind und wie sie sich coachen ließen und wie sie jetzt arbeiten.

ReferentenInnen gesucht für Jahrestagung 09.-11.10.2020 in Kassel

Thema ist „Aus dem Schatten ins Licht“

Bitte bewerbt Euch bis 31.1.2020 für eine zum Thema passende Arbeitsgruppe, einen zum Thema passenden Vortrag oder einen Beitrag fürs Rahmenprogramm. Bewerbung ist in maximal 12 Zeilen abzufassen und das Angebot inhaltlich klar und direkt zu beschreiben (ohne link-Verweise).

Falls wir Eure Bewerbungen auswählen, werden diese (ohne Eure Adressdaten, aber mit Namen) im BPE-Rundbrief, welcher auch online zu sehen ist, veröffentlicht.

Bewerbungen bitte an Vorstand@bpe-online.de oder BPE, -Vorstand-, Herner Straße 406, 44 807 Bochum senden..

Hilfe jenseits der Psychiatrie: 25 Jahre Krisenbegleitung in Bochum

Am Samstag, 9. Mai wird die Beforschung der beiden Bochumer Krisenzimmer in einer Tagesveranstaltung vorgestellt. Vormittags wird Matthias Seibt die Geschichte der Bochumer Krisenbegleitung erzählen, Jasna Russo und Sebastian von Peter stellen die Ergebnisse der Beforschung vor. Nach der Mittagspause (es gibt was zu essen) diskutiert ein Podium „Wie können weitere Krisenzimmer entstehen und was braucht es dafür“.

Ort soll das Ottilie-Schoenewald-Kolleg sein. Das liegt 7 Fußminuten vom Bochumer Hbf.

Nach der Veranstaltung (10.30 bis 15.00 Uhr) besteht die Möglichkeit der Besichtigung der Bochumer Anlaufstelle.

Matthias Seibt

AG Geronto

Auf der BPE Jahrestagung leitete ich einen Workshop „AG-Geronto-Vorurteile“. Wir erarbeiteten dort Themen, die uns für ein selbstbestimmtes Alter wichtig sind. 1. Hinweise und Tipps zur Gestaltung des Lebens. 2. Vorurteile zwischen den Generationen. 3. Suche nach Ruhe und Weisheit. 4. Zukunftsplanung und Vorsorge 5. Von der Wichtigkeit positiver Vorbilder.
Daraus entwickelte sich mit einigen Mitgliedern ein Briefwechsel.

Wir wollen die AG bundesweit fortführen. Alle Briefe werden beantwortet. Ich werde fährlich einen Bericht über unsere Arbeit auf der Jahrestagung machen.

Karin Haehn, Cluventalstraße 2, 28283 Verden / Aller

Rechtshilfefonds für Zwangspsychiatrisierte

Auf Grund der fortgesetzten und immer zahlreicher werdenden Verstöße psychiatrischer Täter/innen gegen die gültigen Gesetze haben sich die Vorstände des Bundesverbands Psychiatrie-Erfahrener e.V. und des Landesverbands PE Nordrhein Westfalen e.V. zur Einrichtung eines Rechtshilfefonds für zwangsweise psychiatrisierte Menschen entschlossen.

Dieser Fonds soll dazu dienen, **aussichtsreiche** Klagen gegen illegale psychiatrische Zwangsmaßnahmen oder **aussichtsreiche** Klagen gegen gesetzwidrige Entscheidungen oder Verfahrensweisen der deutschen Justiz zu unterstützen.

Illegale psychiatrische Zwangsmaßnahme sind z.B. die ambulante Zwangsbehandlung oder die stationäre Zwangsbehandlung ohne richterlichen Beschluss.

Eine rechtswidrige Verfahrensweise der Justiz liegt z.B. vor, wenn bei einer richterlich angeordneten Zwangsmaßnahme, der/die davon Betroffene nicht angehört wird.

Um es klar zu sagen: Die Chancen für den Rechtsweg sind nicht gut. Psychiatrie-Erfahrene haben, egal was passiert ist, fast immer unrecht.

Daher brauchen wir eindeutige Fälle. Diese Fälle müssen aktuell sein.

Um zu prüfen, ob es ein **aussichtsreicher** Fall ist, brauchen wir Kopien der wichtigsten Unterlagen. Wir werden pro Jahr nur ein, höchstens zwei Prozesse unterstützen.

Fürs Erste haben wir 4.000,- € zur Verfügung gestellt.

Wer meint, sein/ihr Fall eigne sich, wendet sich bitte an:

BPE, Herner Straße 406, 44807 Bochum, vorstand@bpe-online.de

LPE NRW, Herner Straße 406, 44807 Bochum, Matthias.Seibt@psychiatrie-erfahrene-nrw.de.

Fragen werden von Matthias 0234 640 5102 beantwortet.

Die Vorstände von BPE und LPE NRW im November 2006

Besondere Seminare für die PE-Selbsthilfe

- **Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Selbsthilfegruppen**. Die verbesserte Selbstdarstellung Betroffener tut not. Der Workshop vermittelt in einfacher Form Grundzüge moderner PR-Arbeit: Anleitung zum Umgang mit unterschiedlichen Medien, zum handling einer Presseinformation u.v.m. Mit Praxistipps, Übungen, Diskussion.
- **Gedichte schreiben – hilft!** Es müssen nicht Kreativtherapien in Tagesstätten und Ergotherapien oder autobiografisches Schreiben beim Arzt sein. Selbsthilfe kann es selbst! Ein besonderer Literaturkurs mit selbsthelfender Wirkung über den Weg der Poesie. Theorie, Schreib- und Sprechübungen, Erörterung.
- **Outsider Art? – Kunst als Teilhabe**. Outsider Art, was ist das heute / was nicht? Betroffenenkunst, Psychiatrieerfahrenen-Malerei, Therapiekunst, Art Brut, freie Kunst..? Möglichkeit für Teilhabe und Genesung? Informations- und Diskussionsseminar, mit Blick zum unterschiedlichen Verständnis von Outsider Art in Europa.

Die 3-stündigen Basiskurse werden vom Büro für Kultur- und Sozialarbeit Saar für die Selbsthilfe in Kleingruppen angeboten. Finanzierbar über Selbsthilfefördermittel der Gruppen. Um frühzeitige Terminierung wird gebeten.

Kontakt für Anfragen (mit Terminvorschlägen):

BKS Saar, c/o Hr. Gangolf Peitz, Lindenstr. 21, 66359 Bous. gangolf.peitz@web.de

Teilhabeberatung

Unsere bundesweite Teilhabeberatung (EUTB) hat den Schwerpunkt Psychiatrie-Erfahrung. Wir, Martin Lindheimer und Matthias Seibt wollen durch unsere Beratung zu Eurer besseren Teilhabe am Leben beitragen.
Erreichbar sind wir unter 0234 / 70 890 520 oder Kontakt@EUTB-BPE.de.
Telefonzeiten sind Dienstag 10-13 und 14-17 Uhr sowie Freitag von 9-15 Uhr. Offene persönliche Sprechstunde ist Montag 12-17 Uhr in der Herner Straße 406, 44807 Bochum, Haltestelle Rensingstraße der U 35.
Außerhalb dieser Zeiten sind weitere individuelle Termine (auch abends oder am Wochenende) möglich.

Die **Beratung „Ex:it“** zeigt Wege auf das wie das psychiatrische System verlassen werden kann.

Wir schauen gemeinsam, auf welchem Wege sich im Voraus der Gang in die Psychiatrie vermeiden lässt. Welche Vorkehrungen sind zu treffen? welche Hindernisse zu beachten?

Wen kann ich mit einbeziehen? Um wen mache ich lieber einen Bogen, wenn Ver_rücktheit naht?

Erreichbar ist die Beratung jeden Mittwoch (bis auf Feiertage) von 11 bis 14 Uhr.

Tel. 0234 640 51 02

Telefonberatung Suizidalität und Selbsthilfe wird weitergeführt

Suizidgedanken kann man nicht mit jedermensch gut bereden. Oft reagieren andere mit Angst oder Verurteilung und schnell steht eine Zwangseinweisung im Raum. Daher haben wir eine Telefonsprechzeit von Betroffenen für Betroffene zum Thema Suizidalität eingerichtet. Empathie und Solidarität statt Diagnosen, Zwang und Gewalt.

Freitags 21-24h, Tel. 0234 7089 0510

Projektwebseite: http://suizidgedanken.net

AG Spiritualität

Am 10.10.2015 wurde auf der BPE-Jahrestagung die Arbeitsgruppe Spiritualität für PE gegründet. Ziele sind, Wege zu finden trotz Psychiatrie-Erfahrung Spiritualität gesund zu praktizieren und zu diskutieren. Dabei können die Wege für jeden einzelnen natürlich ähnlich oder anders sein. Kontakte zu spirituellen Lehrern sind vorhanden, die uns aufgeschlossen sind und die die Psychiatrie kritisch sehen.

Ansprechpartner ist Claus Wefing, Email: Claus.Wefing@live.de 05263 40 699 94 oder per Post an:
BPE AG Spiritualität Herner Straße 406, 44807 Bochum . Homepage: http://www.spirituellepsychiatrieerfahrene.de

Arbeitskreis EX-IN

Seit 2006 werden Psychiatrie-Erfahrene in EX-IN-Fortbildungen zu GenesungsbegleiterInnen und DozentInnen qualifiziert. EX-IN ist ein englisches Kürzel für Experienced-Involvement und bedeutet „Einbeziehung (Psychiatrie-)Erfahrener“. EX-IN'lerInnen wollen die Psychiatrie von innen reformieren, in Richtung Gesprächs- und Milieutherapie mit möglichst wenig Medikamenten und ohne Zwang und Gewalt. Der Arbeitskreis EX-IN des BPE stellt sich die Aufgabe, EX-IN'lerInnen, die Mitglied des BPE sind, zu vernetzen.

Matthias Schuldt, Bergenstr. 21a, 23558 Lübeck, Tel. 0451-40 83 024, matthias-schuldt@gmx.de

AG Öffentlichkeitsarbeit

Auf der BPE-Tagung 2018 wurde die AG Öffentlichkeitsarbeit gegründet. Diese AG möchte fokussiert und koordiniert an einzelnen Themen arbeiten, um diese an die Öffentlichkeit zu bringen. Dazu ist Kontinuität der Teilnahme wichtig. Erfahrungen in der Öffentlichkeitsarbeit sind von Vorteil, aber nicht nötig. Aktuell sind wir am Thema Todesfälle in Psychiatrien und verkürzte Lebenserwartung dran. Dafür haben wir u.a. einen „Fahrplan“ für die nächsten 12 Monate erstellt. Wir organisieren uns über die Plattform wechange.de. Über Neuigkeiten berichten wir auch im Rundbrief.

Wenn ihr mitarbeiten wollt, meldet euch bei Kristina: k.dernbach@gmx.de

Zum Mitmachen

Bpe-Kulturnetzwerk:

Im Herbst 2005 ist der erste Aufruf zur Bildung eines Bpe-Kulturnetzwerkes erschienen. Inzwischen sind hier in den Rubriken: Malerei, Zeichnen, Fotografie, Collagen, plastisches Gestalten, Kunstgewerbe, Digitale Kunst, Dichtung, Prosa, Musik, Theater, Kabarett und Tanz ca. 60 Einzelpersonen und Gruppen registriert.

Interessenten wenden sich bitte an:
Ruth Fricke Mozartstr. 20 b, 32049 Herford. Tel. + FAX: 05221 86 410, mail: Ruth.Fricke@t-online.de

Netzwerk Psychiatrie-Erfahrener Profis:

Seit dem Herbst 2005 gibt es ein Netzwerk Psychiatrie-Erfahrener Profis im Bpe. Hier diskutieren Professionelle aus dem Bereich der Psychiatrie und Medizin darüber wie sie ihre Doppelrolle nutzbringend in die Bpe-Arbeit einbringen können, aber auch über ihre besondere Rolle am Arbeitsplatz. Evtl. kann sich im Laufe der Zeit aus diesem Netzwerk auch ein wissenschaftlicher Beirat für den Bpe entwickeln.

Interessenten wenden sich bitte an:
Christine Pürschel, Hanns-Eisler-Str. 54, 10409 Berlin, Tel.: 030 42 41 718 mail: tine.puerschel@berlin.de

Arbeitskreis Forensik:

Nachdem Fritz Schuster gestorben ist, gibt es den Versuch den Arbeitskreis weiterleben zu lassen. Hierfür arbeiten neu: Doris Steenken, Walther und Julia Benz im AK, überwiegend in der Einzelfallberatung. Weiteres Ziel ist es, mit Stellungsnahmen, Aktionen etc. auf die Situation des Maßregelvollzugs aufmerksam zu machen und dagegen vorzugehen. Unterstützung aus verschiedenen Bundesländern wäre wünschenswert.

Unsere jetzigen Kontaktmöglichkeiten: E-mail: infoforensikarbeitskreisbpe@gmx.de und per Post an:

BPE.e.V., co: Forensik-AG, Hernerstr. 406, 44807 Bochum, (Telefonkontakt folgt)

Unabhängige Beschwerdestelle Psychiatrie:

Beratung beim Aufbau und zur praktischen Arbeit/Umsetzung dieser Stellen, sowie eine Übersicht über bestehende Stellen findet Ihr beim Bundesnetzwerk unabhängige Beschwerdestellen im Internet unter: http://www.beschwerde-psychiatrie.de/downloads.html

Das Sprecherteam besteht zur Zeit aus den BPE-Mitgliedern Karin Haehn, Bernd Kreißig und Ruth Fricke, alle drei erreicht Ihr per mail über: bundesnetzwerk@beschwerde-psychiatrie.de

Antifolterkommission

Liebe Mitglieger, die Antifolterkommission des Europarates führt in regelmäßigen Abständen Kontrollbesuche in den Staaten durch, die zum Europarat gehören. Im Vorfeld derartiger Besuche wird der Bpe e.V: regelmäßig aufgefordert Verstöße gegen die Antifolterkonvention des Europarates zu melden. Hier sind wir auf Eure Mithilfe angewiesen. Bitte meldet uns sofort Verstöße gegen die Antifolterkonvention des Europarates, wenn sie Euch persönlich widerfahren sind, damit wir Eure Erfahrungen in unseren Bericht einfließen lassen können.

Bitte schickt Eure Erfahrungsberichte an:
Ruth Fricke, Mozartstr. 20 B, 32049 Herford, Fax: 05221 86 410, mail: vorstand@bpe-online.de

Soteria AG

Auf der Jahrestagung 2006 haben wir diese AG gegründet. Wir wollen diese Behandlungsform allen Mitgliedern des BPE nahe bringen und in der Gremienarbeit auch die Angehörigen und Profis davon in Kenntnis setzen, dass wir uns diese Behandlungsform (mehr Gespräche - weniger Psychopharmaka) - vor allen in Krisen - wünschen. Gedanken - Erfahrungen nehmen wir auf dem Postweg entgegen. Eure Mitarbeit wird uns Ansporn sein, auf unserer Jahrestagung einen Arbeitsbericht vorzulegen.

Kontaktadresse:
Soteria AG c/o Bernd Thomaßen, Mühlenstr. 23, 45731 Waltrop

Psychopharmakaberatung aus Betroffenensicht

Projekt ist ausgelaufen! !!! Die Arbeit an dem Thema wird in eingeschränktem Umfang fortgesetzt.

Telefonzeiten: Dienstag von 10:00 - 13:00 Uhr und 14: – 17.00 Uhr sowie Mittwoch 11-14 Uhr unter 0234 / 640 51-02

Ich stehe den Bpe-Selbsthilfegruppen für Vorträge und Arbeitsgruppen zu Psychopharmaka und „Ver-rücktheit steuern“ gegen Fahrtkosten (Bahncard 50) zur Verfügung.

Ich versuche eine bundesweite Liste von Psychiater/inn/en bzw. Ärzt/inn/en aufzubauen, die deutlich zurückhaltender als der Durchschnitt beim Verschreiben von Psychopharmaka sind, oder die sogar beim Absetzen unterstützen. Bitte teilt mir mit, wenn ihr bei Euch vor Ort so jemand kennt.

Ich organisiere bundesweite Seminare, auf denen sich Psychiatrie-Erfahrene zum Thema Psychopharmaka usw. weiterbilden. Interessent/inn/en, die so ein Seminar bei sich vor Ort wollen, bitte bei mir melden.

Ein weiteres bundesweites Seminar soll für Psychiatrie-Erfahrene sein, die selber im Rahmen ihrer Selbsthilfeaktivitäten zum Bereich Psychopharmaka beraten wollen. Da hier die Teilnehmer/innen/zahl fünf kaum überschreiten wird, können individuelle Wünsche genau beachtet werden.

Selbsthilfegruppen und Landesorganisationen berate ich in allen organisatorischen Fragen.

Weitere Informationen unter:

Bpe, z. Hd. Matthias Seibt, Herner Straße 406, 44807 Bochum, 0234 / 640 51-02